

Arbeitsübersetzung

DAS CHINESISCHE PROBLEM NACH DEM
IX. PARTEITAG DER KPCh

März 1970

Inhaltsverzeichnis

<u>KAPITEL</u>	<u>Seite</u>
KAPITEL I	1
I. DER IX. PARTIKULAR DER KPCh UND DIE LAGE IM LANDE	11
Die Lage auf dem Parteitag	12
Ein Bericht ohne Rechenschaftslegung	14
Das Statut der KPCh: Einheitsfront anstelle des demokratischen Zentralismus	17
Der Prozeß der Bildung der sozialistischen Partei zieht sich in die Länge	20
Organe der Militärdiktatur anstelle des Systems der Volkswirtschaften	24
Die Krisensituation ist nicht überwunden	29
II. DIE GESELLSCHAFTSPOLITISCHE ORDNUNG IN DER VR Ch IN DER GEGENWÄRTIGEN STAPPE	32
Die Verletzung der Erfordernisse des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus	37
Willkürliche Entscheidungen statt Plan	39
Die ökonomischen Hauptprobleme sind nicht gelöst	40
Die Zerschlagung der sozialistischen Elemente in der gesellschaftspolitischen Ordnung	43
Spaltung und Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse	46
Die Unterminierung des Bündnisses der Arbeiter und der Bauern	47
Kurs auf die Unterdrückung der Intelligenz	49
Die Armee an der Macht	51
Marxismus statt Marxismus-Leninismus	55
Totale Militarisierung	57
Was ist das für eine Gesellschaft?	

III. CHINA IM INTERNATIONALEN GESCHEHEN	62
Die Evaluation der marxistischen außenpolitischen Doktrin	63
Die Taktik ist neu - die Ziele sind die gleichen geblieben	65
China - eine antiimperialistische Kraft	70
Die Aktivierung der Beziehungen zu den imperialistischen Staaten	73
Die zweite Front	76
Unter der Losung des Nationalismus zur Hegemonie	83
SCHLUSSFOLGERUNGEN	87

LEITUNG

Die Lage in China und die Tätigkeit seiner jetzigen Führung auf internationaler Ebene haben die Richtigkeit der Einschätzungen bestätigt, die in den Dokumenten der Zentralkomitees vieler Bruderparteien, in Reden ihrer führenden Funktionäre - darunter auf dem Forum der kommunistischen Bewegung in Sommer 1969 - gegeben wurden.

Von Nutzen ist zweifellos die kollektive Analyse verschiedener Aspekte des chinesischen Problems, die insbesondere auf den Treffen von Vertretern der internationalen Abteilungen der Zentralkomitees der Bruderparteien der sozialistischen Länder in Moskau (Dezember 1967) und in Berlin (Januar 1969) erarbeitet wurde. Die reale Entwicklung der Ereignisse in der VR China hat im wesentlichen die Schlussfolgerungen und Prognosen der gemeinsamen Dokumente, die auf diesen Treffen erarbeitet wurden, die Einschätzungen der Lage in China, des politischen Kurses der Mao-Tse-tung-Gruppe und des Wesens des Maoismus bestätigt.

Das vergangene Jahr hat neue Momente in der Innen- und Außenpolitik Chinas gezeigt. Der IX. Parteitag der KPCh, der im April 1969 stattfand, gab dem militärisch-bürokratischen Regime, das in der VR China im Laufe der "Kulturrevolution" errichtet wurde, den Anschein von Rechtmäßigkeit. Ohne in Worten

mit dem Marxismus-Leninismus zu brechen, verwandelte sich der Marxismus in der Tat in eine den Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus feindliche politische Strömung. Er wurde zur offiziellen Doktrin eines der größten Staaten der Welt erklärt, und man versucht, ihn der gesamten revolutionären Bewegung als ideologische Grundlage aufzuzwingen. Die Maoisten organisierten bewaffnete Provokationen an der sowjetisch-chinesischen Grenze, stellten ein Programm der totalen Kriegsvorbereitung und der weiteren Militarisierung der Gesellschaft auf.

Das alles macht eine Vertiefung der Analyse der chinesischen Ereignisse, ihrer Ursachen, Quellen und möglichen Perspektiven notwendig. Das Ziel des vorliegenden Materials besteht darin, die neuen Erscheinungen unter Berücksichtigung der letzten Geschehnisse einzuschätzen und tiefer in die Erkenntnis der verschiedenen Seiten des chinesischen Problems einzudringen, die neuen Aspekte für die Erforschung der Theorie und Praxis des Maoismus zu kennzeichnen.

Die Bedeutung einer solchen Analyse wird vor allem durch die Rolle Chinas in der Welt von heute, durch jenen negativen Einfluß bestimmt, den der jetzige Kurs der chinesischen Führung bereits auf das Kräfteverhältnis in der Welt genommen hat und in Zukunft nehmen kann.

Eine direkte Folge dieses Kurses war die Verzögerung des Wachstums der ökonomischen Macht des sozialistischen Weltsystems. Ende der 50-er, Anfang der 60-er Jahre wurde prognostiziert, daß sich zum Jahr 1970 ein beträchtliches Wachstum seines Anteils an der industriellen Weltproduktion vollziehen wird. Bei diesen Berechnungen nahm die Entwicklung der Volkswirtschaft der VR China naturgemäß einen bedeutenden Platz ein.

Dabei wurden die Erfolge des chinesischen Volkes nach 1949, das recht hohe Wachstumstempo der Industrie, das es in den Jahren des ersten Fünfjahrplans mit der brüderlichen Hilfe der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder erreicht hat, berücksichtigt.

In den 60er Jahren haben die sozialistischen Länder, die konsequent den marxistisch-leninistischen Weg beschritten, im wesentlichen das vorgesehene Programm der ökonomischen Entwicklung erfüllt. Allein der ernstzunehmende Fortschritt dieser Länder konnte den bedeutenden Schaden nicht ausgleichen, den der "große Sprung", die "Kulturrevolution" und das im Ergebnis dessen heftig zurückgegangene Wachstumstempo der industriellen Produktion der VR China, die bisher in einer Reihe von wichtigen Kennziffern den Stand von 1959 noch nicht wieder erreicht hat, dem Wettbewerb mit dem Kapitalismus zugefügt hat.

Die Lage wird dadurch erschwert, daß die heutige Position der chinesischen Führung, die die VR China in politischen und militärischer Beziehung der sozialistischen Gemeinschaft entgegenstellt, dazu zwingt, von einem Abzug ihres materiellen und menschlichen Potentials von der Gesamtsumme der Macht des sozialistischen Weltsystems zu sprechen.

Die Rechtmäßigkeit einer solchen Schlußfolgerung wird durch folgende Tatsachen unterstrichen:

a) Das nationalistische China bindet einen Teil der Ressourcen der sozialistischen Welt (darunter auch in militärischer Hinsicht), besonders wenn man die bewaffneten Provokationen und die Kriegsvorbereitungen Pekings an der sowjetisch-chinesischen Grenze berücksichtigt. Damit erhält der Imperialismus günstigere Möglichkeiten, zu manövrieren und zu Gegenangriffen auf die revolutionären Kräfte überzugehen;

b) die heutige Außenpolitik Chinas ist ein ernstzunehmender Faktor der Erhaltung und Verschärfung der internationalen Spannungen, sie erleichtert den kriegslüsternden imperialistischen Kreisen die Verstärkung des Wettrüstens;

c) die chinesische Führung ist bestrebt, die nationale Befreiungsbewegung der kommunistischen entgegenzustellen, trägt eine Spaltung in die ant imperialistische Front und schwächt sie damit, verringert ihre Möglichkeiten im Befreiungskampf;

d) da die Maoisten die UdSSR neben den USA zum Hauptfeind der VR China erklärt haben, kann die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, daß China im Falle eines großen militärischen Konfliktes zwischen dem Sozialismus und dem Imperialismus abseits bleiben und versuchen könnte, ihn für nationalistische Ziele auszunutzen und auf die andere Seite der Barrikade geriete.

Schließlich hat der Maoismus in ideologischer Hinsicht einen äußerst negativen Einfluß auf das internationale Kräfteverhältnis ausgeübt und übt ihn weiterhin aus. Das kommt erstens darin zum Ausdruck, daß die chinesische Führung, die offiziell unter dem Banner des Marxismus-Leninismus auftritt, durch ihre Praxis und die reaktionären Konzeptionen (besonders durch das Entfachen von Nationalismus und die Verbreitung chauvinistischer Anschauungen) den wissenschaftlichen Kommunismus diskreditiert und die werktätigen Massen der kapitalistischen Welt vom Sozialismus abstößt. Zweitens darin, daß die Führung der KPCh, die die sozialistischen Länder und die kommunistischen Parteien erbittert angreift, sich faktisch den Antikommunisten angeschlossen hat und die kommunistische Bewegung zwingt, bedeutende Kräfte an die neue Front des ideologischen Kampfes abzuziehen. Drittens darin, daß Peking eine Desorientierung in die Reihen der Anhänger des Sozialismus und

besonders der Teilnehmer fortschrittlicher Massenbewegungen, in die Tätigkeit der internationalen demokratischen Organisationen hineinträgt.

In den siebziger Jahren und besonders in der ferneren Perspektive wird China bei beliebiger Entwicklung der Ereignisse im Innern des Landes einen wachsenden Einfluß auf das internationale Kräfteverhältnis, auf den Lauf des ant imperialistischen Kampfes und des gesamten revolutionären Prozesses, auf die historische Geschichte der Menschheit nehmen.

Wenn dabei der heutigen innen- und außenpolitische Kurs der Führung der KPCh beibehalten wird, dann werden sich die Maßstäbe der hiervon für die Sache des Sozialismus ausgehenden Gefahr vergrößern.

China, dessen Bevölkerungszahl gegen Ende des Jahrhunderts nach Berechnungen der Demographen 1,5 Milliarden erreichen kann, wird offenbar (selbst bei einem niedrigen Wachstumstempo der industriellen Produktion und einer wenig effektiven ökonomischen Politik) ein wesentliches Anwachsen des Nationalproduktes und einen bestimmten Fortschritt auf wissenschaftlich-technischem Gebiet erreichen können, in erster Linie auf dem Gebiet des Raketenbaus, der Kernwaffentechnik und anderer Waffen, d. h. der Sphäre, auf deren beschleunigte Entwicklung die Maoisten ihre Hauptanstrengungen richten.

Andererseits darf die Gefahr des weiteren Anwachsens der nationalistischen Tendenz nicht übersehen werden, die sich auf ganze Generationen von Menschen stützt, die im Geiste des Maoismus und Chauvinismus erzogen wurden, um so mehr, da der Verfall der Jugend heute in China einen bedrohlichen Charakter angenommen hat.

Nicht außer acht gelassen werden darf auch die Möglich-

keit, daß China direkt oder indirekt in dieser oder jener Form in eine Allianz mit imperialistischen Staaten hineingezogen werden kann. Die imperialistischen Kreise benutzen den politischen Kurs der Maoisten bereits für ihre Interessen, und sie werden zweifellos versuchen, das menschliche und materielle Potential der VR China in den Dienst ihrer Ziele auf internationaler Ebene zu stellen.

Natürlich darf eine solche für die Sache des Sozialismus negative Entwicklung der Ereignisse nicht als unumgänglich angesehen werden. Das Wirken vieler Faktoren inneren und internationalen Charakters kann zu wesentlichen Veränderungen in der Konstellation der politischen Kräfte im Lande führen, was sich unvermeidlich auf seinen außenpolitischen Kurs auswirken würde. Außerordentliche Bedeutung hat dabei die konsequente und prinzipienfeste Politik der sozialistischen Gemeinschaft, der kommunistischen Weltbewegung, die auf die Entlarvung des Maoismus, auf den Kampf für die Rückkehr der VR China auf den Weg der sozialistischen Entwicklung gerichtet ist.

Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die aktive Durchführung dieser Politik es in bedeutendem Maße ermöglicht, die sich negativ auf den revolutionären Prozeß in der Welt auswirkenden Folgen des maoistischen Kurses zu neutralisieren. Davon zeugt bereits die Tatsache, daß sich in den letzten Jahren der Einfluß des sozialistischen Weltsystems auf den Lauf der internationalen Ereignisse verstärkt hat, daß sich das Kampfbündnis der revolutionären Kräfte gefestigt hat und ihre Aktivität gewachsen ist. Die Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, die die in ant imperialistischen Kampf errungenen Erfolge einschätzte, entwickelte das Programm der weiteren Aktivierung und des Zusammenschlusses aller Abteilungen der revolutionären Bewegung im Interesse des Friedens, der Demokratie, der nationa-

len Unabhängigkeit und des Sozialismus. Auf der Beratung wurde der Spaltartigkeit der Maoisten in der revolutionären Bewegung eine entschiedene Abfuhr erteilt.

Die Marxisten-Leninisten, die fest davon überzeugt sind, daß der antileninistische Kurs Mao Tse-tungs im Endergebnis den Vormarsch der Sache des Sozialismus nicht behindern kann, sind vor allem zutiefst über den kolossalen Schaden beunruhigt, der der sozialistischen Entwicklung in China selbst zugefügt wurde, über die tragische Lage der Kommunisten und der Werktätigen dieses Landes. Die gesamte Politik der Bruderparteien gegenüber der VR China geht gerade vom internationalistischen Standpunkt aus.

"Wir identifizieren die Stellungnahmen und Aktionen der derzeitigen chinesischen Führung weder mit dem Hoffen und Streben noch mit den wahren Interessen der Kommunistischen Partei Chinas, des gesamten chinesischen Volkes. Es ist unsere tiefe Überzeugung: Nicht auf dem Wege des Kampfes gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder, gegen die ganze kommunistische Bewegung, sondern auf dem Wege des Bündnisses und der brüderlichen Zusammenarbeit mit ihnen kann die wahre nationale Wiedergeburt Chinas erzielt, seine sozialistische Entwicklung gewährleistet werden." (Aus der Rede L. I. Breschnevs auf der Internationalen Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien am 7. Juni 1969 in Moskau).

Das chinesische Problem ist eines der größten Probleme der Gegenwart. Die kommunistische Bewegung ist zutiefst daran interessiert, daß die auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus wiedergeborene KPCh zur Zusammenarbeit mit den anderen Bruderparteien zurückkehrt, damit die VR China den Weg des Sozialismus

in Bündnis mit allen Staaten des sozialistischen Weltsystems geht. Es ist schon jetzt klar, daß das große Anstrengungen, einen angespannten und wahrscheinlich auch langwierigen Kampf aller Kommunisten - vor allem der marxistisch-leninistischen, internationalistischen Kräfte in der KPCh selbst - erfordern wird.

Diese Kräfte wurden aus einer Reihe von Gründen überzumpelt, isoliert und unterdrückt, sie konnten in der gegebenen Stufe die Errichtung der militärisch-bürokratischen Diktatur und die Entstellung der Ziele der chinesischen Revolution nicht verhindern. Aber sie existieren und arbeiten, wobei sie die Lehren aus den zugelassenen Fehlschlägen und Fehlern ziehen und Kampfformen anwenden, die unter den jetzt in China herrschenden Bedingungen möglich sind. Die historische Perspektive gehört den gesunden Kräften der Partei und der chinesischen Gesellschaft.

I.

Der IX. Parteitag der KPCh und die Lage im Lande

Zu dem Zeitpunkt, da in Peking der IX. Parteitag der KPCh einberufen wurde, waren die Partei im Grunde genommen zerstört und die Mehrheit der Mitglieder des Zentralkomitees, des Sekretariats und des Politbüros des ZK der KPCh Repressalien unterworfen. Die ganze Macht im Lande war durch die Gruppe um Mao Tse-tung und den engen Kreis seiner Vertrauenspersonen usurpiert, die sich die Bezeichnung "proletarischer Stab" aneigneten.

Die Maoisten veranstalteten den IX. Parteitag zu einem Zeitpunkt, da sie einen relativen Sieg über ihre politischen Gegner errungen hatten. Gleichzeitig bestand die Situation

der ideologischen, politischen und ökonomischen Krise sowie des Fraktionskampfes innerhalb des maoistischen Lagers selbst weiter. Um die Aufmerksamkeit des chinesischen Volkes von den Misserfolgen in der Innen- und Außenpolitik abzulenken, den Kurs des VIII. Parteitage der KPCh endgültig zu verwerfen und ihre Macht zu festigen, beschloß die herrschende Gruppierung, den Parteitag auf der Welle eines chauvinistischen Tumults und einer antisowjetischen Psychose zu veranstalten, indem sie zu diesem Zeitpunkt an der chinesisch-sowjetischen Grenze ernste bewaffnete Provokationen organisierte.

Die Lage auf dem Parteitag

Aus der Befürchtung heraus, daß ein gemäß den Normen des Statuts gewählter Parteitag sich als nicht lenkbar erweisen könnte, führten die Maoisten mehrere Säuberungsaktionen unter den von der Armee und den Revolutionskomitees aufgestellten Delegierten durch. Die Arbeit zur Auswahl der Teilnehmer am Parteitag wurde von der "Gruppe für Fragen der Kulturrevolution" geleitet.

Aber selbst die gründlichste Auswahl und Überprüfung der Delegierten konnten bestimmte Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Fraktionen der Maoisten nicht beseitigen, obwohl

*) Nach vertraulichen Angaben, die mit den Einschätzungen der Spezialisten übereinstimmen, haben sich in der chinesischen Führung ziemlich klar drei Hauptgruppierungen herausgebildet, sogenannte Ideologen, hinter denen Mao Tse-tung selbst steht, Militärs und "Administratoren". Obwohl sie keine grundsätzlich unterschiedliche politische Plattformen besitzen, widerspiegelt jede dieser Gruppierungen bestimmte Strömungen in der Politik und unterscheidet sich in Nuancen (manchmal ziemlich wesentlich) bei der Behandlung dieser oder jener Probleme.

Nach Ansicht der Mehrheit der ausländischen Forscher gehören zu den einflußreichsten "Ideologen" oder Extremisten, die die nächste Umgebung Mao Tse-tungs bilden - Kang Shing, Chen Bo-da, Tschang Tsing; an der Spitze der militärischen Gruppierung

sie alle Mao-Bestung Treue schwören. Unter Berufung darauf, daß die Handlungen der Organisationen der Mao-Truppler die Stabilisierung der politischen Lage im Lande behindern und die Arbeit der Revolutionskomitees untergraben, forderten die Vertreter der Armee das "Ordnen", d. h. faktisch die Auflösung dieser Organisationen. Das rief den Widerstand der "Gruppe für Kulturrevolution" hervor, die sich auf die Organisationen der Mao-Truppler und der "roten Rebellen" als Massenbasis stützt.

Einige bedeutende Parteifunktionäre (Zhu De, Chen Yi, Liu Bo-chen, Nie Yuan-zi u. a.) sind im Verlauf der Diskussion zum Be-richt Lin Biao in den Gruppen mit einer vorsichtigen Kritik an den Exzessen der "Kulturrevolution" aufgetreten. Es gab sogar Stimmen, die die Bestrafung einzelner Personen forderten, die für die "Extreme" verantwortlich sind.

Die rivalisierenden Gruppierungen der Maoisten waren gezwun- gen, ihre Reibereien nach einem direkten Anruf von Mao einzudä- men, der mit einem Appell "zum Zusammenschluß und zur Einheit der drei Kräfte" - der Armee, der Mao-Truppler und "roten Rebel- len" sowie der "Funktionärskader" - auftrat.

Die Widersprüche im Lager der Maoisten fanden ihren direk- ten Niederschlag in der Propaganda: nach dem Parteitag hat sich die Kritik an den "konterrevolutionären Elementen, die in die Reihen der revolutionären Massen eingedrungen sind", gegen die "neuen Linien" usw. verschärft. Im Juli 1969 schrieb die Nankin- ger Zeitung "Xinhua jipao": "Wenn die Rebellion zu Beginn der Kulturrevolution eine Notwendigkeit war, so bringt sie in der gegen-

Forts. Fußnote v. S. 12

stehen Lin Biao und Huang Yang-shing (Chef des Generalstabs), zu den führenden "Administratoren", die auch als "Gemäßigte" oder "Pragmatiker" bezeichnet werden, zählt man Tschou En-lai, Li Xian-nian und andere

wärtiger Etappe nur uns selbst Schaden". Im Rundschreiben des ZK der KPCh vom 23.7.1969 anlässlich der Ereignisse in der Provinz Jiangxi wurden die sogenannten "bürgerlichen konterrevolutionären Elemente" (mit denen die den Gehorsam verweigernden Mac-Truppler und "roten Rebellen" gemeint waren) der Bildung spezialisierter bewaffneter Abteilungen, des Versuchs der Machtergreifung, der Behinderung der "großen Vereinigung", des Überfalls auf Einheiten der Nationalen Befreiungsarmee und der gewalttätigen Auflösung der Revolutionskomitees beschuldigt.

Andererseits versuchen Propagandacorgane, die unter dem Einfluß der "Gruppe für Kulturrevolution" stehen, die Notwendigkeit der Erhaltung und Aktivierung der Organisationen der Mac-Truppler und "roten Rebellen" zu begründen. (Siehe z. B. den gemeinsamen Artikel von "Jenmin jipao", "Hongqi" und "Djiefang-djuen Bao" (?) vom 24. August 1969)

Das alles führt zu der Schlussfolgerung, daß der IX. Parteitag der KPCh zwar unter dem Zeichen der Durchsetzung der maoistischen Linie verlief, aber bestimmte Widersprüche und den Kampf der politischen Gruppierungen in der VRCh nicht beseitigt hat.

Ein Bericht ohne Rechenschaftslegung

Als "politischer Bericht" wurde dem Parteitag das Referat von Lin Biao vorgelegt, das als offizielles Dokument bestätigt wurde. (Siehe Informationskommunique vom 24. April 1969)

Das Referat enthält keinerlei Rechenschaft des Zentralkomitees gegenüber der Partei über die Zeit zwischen dem VIII. und dem IX. Parteitag, es wird kein Fazit der Tätigkeit der KPCh im Verlauf von 43 Jahren gezogen. Darin gibt es keine Analyse der Innen- und Außenpolitik der VRCh und solcher Kampagnen wie den "großen Sprung" und die Bildung von "Volkskommunen", es wird

kein Wort zu den Ergebnissen des zweiten Fünfjahrplans zur Entwicklung der Volkswirtschaft gesagt. Auch die Ursachen des grundlegenden Umschwungs in der Außenpolitik Chinas werden nicht erläutert. Wichtige Momente in der Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung werden vollkommen ignoriert (selbst die Beratungen der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien 1957 und 1960 in Moskau, an denen auch die KPCh teilnahm, werden nicht erwähnt).

Der Hauptinhalt des Referats läuft auf die Lobpreisung der "Größe" Mao Tse-tungs und seiner Ideen und auf die Rechtfertigung der "Kulturrevolution" hinaus. Im Gegensatz zum VIII. Parteitag, der feststellte, daß "die theoretische Grundlage der gesamten Tätigkeit der Partei der Marxismus-Leninismus ist", wird eine neue Formel eingeführt: "Marxismus-Leninismus - das sind die Ideen Mao Tse-tungs". Dabei wird behauptet, daß "der Vorsitzende Mao Tse-tung im letzten halben Jahrhundert... den Marxismus-Leninismus auf dem Gebiet der Politik, des Militärwesens, der Wirtschaft, Kultur, Philosophie usw. übernommen, behauptet und weiterentwickelt hat und ihn auf eine völlig neue Stufe erhob".

Als entscheidender "Beitrag" Mao Tse-tungs zum Marxismus-Leninismus wird im Referat die "große Theorie von der Fortsetzung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats" deklariert, deren konkrete Verkörperung in der Praxis die sogenannte "Kulturrevolution" sei.

Eine Besonderheit des Referats besteht auch darin, daß die darin enthaltenen Formulierungen zu Fragen der Innen- und Außenpolitik einen äußerst allgemeinen, unkonkreten Charakter tragen und der Willkür Maos und seiner Gefolgschaft uneingeschränkt

Raum bieten. Die Fragen der gegenwertigen Lage in der Volkswirtschaft und die Perspektiven des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus werden im Referat fast überhaupt nicht behandelt. Es enthalt lediglich die Formulierung, daB in den letzten Jahren in der VRCh eine reiche Ernte eingebracht worden sei und die Industrieproduktion eine Blutezeit erreicht habe.

Ein Vergleich dieses Referats mit den fruheren offiziellen Dokumenten (insbesondere mit dem unter der Bezeichnung "25 Punkte" bekannten "Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" vom 14. 6. 1963) veranschaulicht die weitere Evolution der Ansichten der Maoisten, ihren vollstandigen Bruch mit den Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus.

Wahrend in den "25 Punkten" noch Hinweise auf die Gesetzmahigkeiten des Aufbaus des Sozialismus enthalten waren, die in der Deklaration von 1957 und in der Erklarung von 1960 dargelegt sind, so wurden sie jetzt uber Bord geworfen. Aufgaben der Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus, der Entwicklung der sozialistischen Demokratie, der Durchfuhrung einer echten Kulturrevolution und der Erhohung des materiellen Wohlstandes der Werktatigen werden uberhaupt nicht gestellt. Statt dessen wird vorgeschlagen, die "ununterbrochene Revolution" zu verwirklichen, den "Klassenkampf zu fuhren", "sich auf den Kriegesfall und Naturkatastrophen vorzubereiten". Die Moglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Land oder in mehreren Landern wird unmittelbar von der endgultigen Vernichtung des Imperialismus abhangig gemacht.

In dem Referat wird die Geschichte der KPCh und der chinesischen Revolution zugunsten des Personenkults um Mao Tse-tung

verfälscht. Er wird als der einzige Begründer und Schöpfer der Partei dargestellt. Alle hervorragenden Funktionäre der KPCh, die irgendwann gegen den nationalistischen Kurs Mao Tse-tungs aufgetreten sind, wurden zu Partei- und Volksfeinden erklärt.

Die Tatsache, daß ein bedeutender Teil des Referats einer erbitterten Kritik an den Gegnern des maoistischen Kurses gewidmet ist (selbst die Möglichkeit der Einberufung des IX. Parteitages der KPCh wird mit ihrer "Entlarvung" in Zusammenhang gebracht), bedeutet eine eindeutige Anerkennung der Kraft des Widerstandes gegen diesen Kurs in der Partei und im Lande.

Das Statut der KPCh: Einzelherrschaft anstelle des demokratischen Zentralismus

Das Bestreben der Gruppe um Mao Tse-tung, die Verwandlung der Partei in ein Instrument ihrer Herrschaft zum Gesetz zu erheben, fand seinen unmittelbaren Niederschlag im neuen Statut der KPCh.

Die im früheren Statut enthaltene Bestimmung der Hauptaufgaben der Partei auf dem Gebiet des Aufbaus des Sozialismus und der sozialistischen Außenpolitik wurde im neuen Statut gestrichen. Die früheren umfassenden Leitsätze von der Entwicklung der innerparteilichen Demokratie, von der kollektiven Leitung, von der Einheit und Geschlossenheit der Partei, von der Notwendigkeit des Kampfes gegen Nationalismus und Großmachtchauvinismus, gegen bürgerliche und kleinbürgerliche Ideologie wurden gestrichen.

Alle Hauptthesen des Statuts sind darauf gerichtet, die Partei in ein Instrument zur Verwirklichung der Ideen Mao Tse-tungs, in ein williges Instrument seiner persönlichen Macht zu verwandeln. In den programmatischen Teil des Statuts wurde eine präze-

sanzierte Bestimmung aufgenommen, die besagt, daß Lin Biao "der Nachfolger der Sache des Genossen Mao Tse-tung ist".

Das Statut ist durch und durch vom Geist des Personenkults um Mao durchdrungen. Es ist darauf gerichtet, eine Partei beim "großen Steuermann" zu bilden und verankert gesetzlich sein Recht, in Alleinherrschaft über diese Organisation zu verfügen. Der Vorsitzende des ZK ist mit Vollmachten ausgestattet, die ihn faktisch über das Zentralkomitee stellen. Folglich ist das neue Statut dazu bestimmt, die herausgebildete Praxis der gewaltsamen Aufdrängung des Willens eines einzelnen Menschen gegenüber den Vertretungsorganen der Partei zu festigen.

Indem die Maoisten im innerparteilichen Leben das Leninsche Prinzip des demokratischen Zentralismus ausmerzen (obwohl es formal erwähnt wird), zerstören sie die Partei als eine politische Organisation von Gleichgesinnten. Einer Person und den Interessen dieser Person zu dienen war niemals und kann niemals Quell der gesellschaftlichen Aktivität der proletarischen Vorhut sein. Dieser Quell sind einzig und allein die richtig verstandenen gesellschaftlichen Interessen, die bewußte ideologische Überzeugtheit der Parteimitglieder, ihr kollektives Wirken, das auf den Prinzipien der Demokratie und der bewußten Disziplin beruht.

Im Abschnitt über die Parteimitglieder werden nur ihre Pflichten unterstrichen, unter denen das "Studium und die Anwendung der Ideen Mao Tse-tungs" den wichtigsten Platz einnehmen. Der in den vorhergehenden Statuten enthaltene spezielle Paragraph über die Rechte der Parteimitglieder fehlt.

Große Aufmerksamkeit wird im Statut dem Problem der umfassenden Säuberung der Partei auf der Grundlage verschwommener Kriterien gewidmet, die die Bedingungen für eine uneingeschränkte Will-

kur sichern. Andererseits wurde die Verfahrensweise der Aufnahme in die Partei vereinfacht und die Kandidatenzeit aufgehoben, was offensichtlich dazu dienen soll, den Zustrom von "frischem Blut" in die Partei zu erleichtern, d. h. von pro-maoistischen Elementen, die sich in der Zeit der "Kulturrevolution" ausgezeichnet haben. *)

Der IX. Parteitag der KPCh endete - und darin bestand eines seiner Hauptziele - mit der Formierung der führenden Organe der maoistischen Partei.

Das ZK der KPCh besteht aus 279 Personen (170 Mitglieder und 109 Kandidaten). Davon sind nur 53 (weniger als 20 Prozent) Mitglieder des früheren Zentralkomitees; das sind Militärs und auch einige Parteiveteranen, die während der "Kulturrevolution" hart angegriffen wurden, aber im ZK bleiben durften, um dem ZK eine größere Autorität zu verleihen und den Eindruck der Kontinuität zu erwecken.

Um die unkontrollierte Stellung Maos zu sichern, wurden die führenden Organe der Partei im Grunde genommen in seine Oligarchie verwandelt. In das Politbüro wurden seine Frau, sein ehemaliger Leibwächter, der persönliche Sekretär und auch die Frau Lin Biao aufgenommen. Das unterscheidet sich kaum von den Sitten, die in Kuomintang-China herrschten, als "vier Familien" die ganze Macht in ihren Händen konzentrierten.

*) Siehe auch Analyse des Entwurfs des Statuts der KPCh im gemeinsamen Material "Die Lage in China und die Politik der Gruppe um Mao Tse-tung in der gegenwärtigen Etappe".

Aus dem IX der KPCh wurden viele Funktionäre, die hohe Posten in der Partei bekleideten, die ehemaligen Leiter aller territorialen Büros des ZK der KPCh und die Mehrheit der ehemaligen Sekretäre der Parteikomitees der Provinzen ausgeschlossen.

Das neue ZK der KPCh wurde um 109 Mitglieder erweitert. Das erfolgte vor allem durch die Aufnahme von Militärs. Zugleich ist die Anzahl der Personen, die ihren Arbeitserfahrungen nach mit der Wirtschaft und der staatlichen Leitung verknüpft sind, stark zurückgegangen.

Somit war der IX. Parteitag im Grunde genommen der Gründungs-
parteitag einer neuen Partei - einer sowohl ihrer Ideologie und
ihren Organisationsprinzipien als auch ihrer gesamten Politik
nach antimarxistischen und antileninistischen Partei.

Der Prozeß der Bildung der maoistischen Partei
zieht sich in die Länge

Obwohl es Mao Tse-tung und seinen Anhängern insgesamt gelungen ist, die Hauptaufgaben zu lösen, die vor dem IX. Parteitag der KPCh standen, ist die von ihnen angestrebte Entartung der Partei bei weitem noch nicht abgeschlossen und stößt in der Praxis auf eine ganze Reihe ernster Schwierigkeiten.

Die Unklarheit und Verschwommenheit der Beschlüsse des IX. Parteitages bieten jeder der rivalisierenden Gruppen von Maoisten die Möglichkeit, die Fragen nach dem Charakter der Partei, ihrer Struktur und Rolle entsprechend ihren eigenen Interessen anzulegen.

Anfang 1970 wurde die Arbeit zur Bildung von Parteikomitees und Grundorganisationen der Partei aktiviert. Eine der Ursachen, die dazu zwingt, diesen Prozeß zu beschleunigen, besteht darin,

daß die Armee, die als Hauptstütze des Regimes betrachtet wird, sich als unfähig erweisen hat, konkrete Fragen der Leitung der Wirtschaft zu lösen. Andererseits befürchteten die Maoisten, daß die Ausübung wesensfremder Funktionen durch die Armee die Kampfbereitschaft der Truppen verringern könnte.

Offensichtlich wird dabei auch der Umstand berücksichtigt, daß die Unterstellung aller Seiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens des Landes unter Armeekontrolle den Einfluß der Kommandeurskader stark erhöht, die den Gehorsam verweigern könnten.

Im Grunde genommen befürchtet ein Teil der Maoisten ein noch größeres Anwachsen der Macht der Militärs und versucht, sich mit Hilfe der Partei gegen diese abzusichern. "Die Beziehungen zwischen der Partei einerseits und den Organen der Staatsmacht und den Massenorganisationen andererseits, das sind Beziehungen zwischen Führer und Geführten", heißt es im redaktionellen Artikel der "Hongqi" № 1/1970. Die Verfasser des Artikels betonen, daß "der verstärkte Aufbau der Grundorganisationen der Partei ein wichtiges Kettenglied zur Stärkung der Führung durch die Partei ist". Im gleichen Artikel wird erklärt: "Die Führung durch die Partei ist die Führung des Vorsitzenden Mao, die Führung durch die Ideen Mao Tse-tungs, die Führung durch die proletarische revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao". Entsprechende Warnungen werden auch an die Mao-Truppler gerichtet, denen man vorwirft, daß sie "versuchen, mit der Partei um die führende Rolle zu konkurrieren".

Die Macht der neugebildeten Parteikomitees sowie die Autorität der Parteiorganisationen wird nach wie vor von den örtlichen "Linken", hauptsächlich von parteilosen Gruppierungen abgestrit-

nen, die in der Wiederherstellung der Tätigkeit der Parteiorganisationen und Organe eine Bedrohung ihres Einflusses sehen. Deshalb sind die "Aktivisten" der formal aufgelösten "Massenorganisationen" bestrebt, die Parteiorganisationen unter ihre Kontrolle zu bringen oder, wenn das nicht gelingt, sie zu sabotieren. (Siehe "Jenmin jipao" vom 6. 1. 1970)

Folglich entbrennt hier ein Kampf darum, welche der rivalisierenden Gruppierungen das Hauptinstrument der Macht in die Hände bekommen wird, d. h. wo ihr Schwergewicht liegen muß: in der Partei, in der Armee oder in den Organisationen der Mao-Truppler und der "roten Rebellen". Andererseits ist jede Gruppierung bestrebt, möglichst starke Positionen in der Partei für den Fall zu erobern, daß die Partei wieder zum Hauptinstrument der politischen Führung werden sollte.

Dieser Kampf führt naturgemäß auf örtlicher Ebene zu Wirrwarr und Durcheinander. Nicht zufällig ist die maoistische Führung gezwungen, nicht nur einen ideologischen Kampf gegen Personen zu führen, die eine oppositionelle Einstellung zum Regime haben, sondern auch ständig diejenigen unter ihren Anhängern zu beschwichtigen, die die Absichten des Zentrums nicht begreifen oder nicht in der Lage sind, sich in den sich schnell verändernden Bedingungen umzustellen und den Sinn der oftmals recht widersprüchlichen Anweisungen zu erfassen.

Eine indirekte Vorstellung von diesem ideologischen Kampf kann man auf Grund der Tatsache gewinnen, daß die chinesische Presse dauernd alle möglichen "schädlichen" Theorien entlarvt. Erwähnenswert sind davon folgende:

- die "Theorie der großen chronischen Schwierigkeiten" -
gegen diejenigen, die direkt oder indirekt die in der Wirtschaft entstandene schwierige Lage und die Lahmlegung verschiedener

- Glieder der staatlichen und wirtschaftlichen Leitung kritisieren;
- die "Theorie der Sicherung der mittleren Linie" - gegen jenen Teil der Funktionärskader, der keinen Eifer bei der Verwirklichung des offiziellen Kurses zeigt;
 - die "Theorie der Bestrafung durch Arbeit" - gegen diejenigen, die sich der sogenannten Umerziehung durch Arbeit, d. h. der Abkommandierung der städtischen Jugend und der Intelligenz aufs Land, der Einweisung der Funktionärskader in Arbeitslager usw. widersetzen;
 - die "Theorie der Angst vor der Arbeit im Bereich von Bildung und Kultur", "von der Nutzlosigkeit des Wissens" - gegen die Vertreter der Intelligenz, die durch die "Kulturrevolution" eingeschüchtert wurden und es offensichtlich ablehnen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Der gesamte Prozeß der Neukonstituierung der Parteiorganisationen auf örtlicher Ebene (nach der offiziellen chinesischen Terminologie - Prozeß des "Ordnen") ist der Aufgabe untergeordnet, die volle Herrschaft der Anhänger des Maoismus zu sichern. Dabei gilt als Kriterium die sogenannte "dreifache Treue": zu Mao Tse-tung persönlich, zu seiner politischen Linie und zu seinen Ideen.

Nach der chinesischen Presse zu urteilen, werden die Parteiorganisationen beim "Ordnen" in drei Typen eingeteilt. Erstens, "wenn die Parteiorganisation für Mao Tse-tung ist". Solche Parteiorganisationen bedürfen keiner Säuberung und Ordnung, ihnen wird lediglich empfohlen, das Studium der "Ideen Maos" zu verstärken (z. B. das Parteikomitee von Dachjai.) Zweitens, wenn die Leiter des Parteikomitees von oben als "den kapitalistischen Weg Gehende" und die Mitglieder der Partei als "für Mao Tse-tung Eintretende" eingeschätzt werden. Nach Säuberung der "den kapiva-

listischen Weg gehenden" beginnt die Neukonstituierung der Führungsguppe, die "Wiedergeburt" des Parteikomitees (z. B. wurde die Baumwollspinnerei Nr. 17 in Schanghai als ein Musterbeispiel des "Ordens" ausgegeben). Zum dritten Typ gehören "völlig zersetzte" Parteiorganisationen, die "eines neuen Aufbaus und der Wiedergeburt bedürfen" (z. B. das Parteikomitee der elektromechanischen Abteilung der Bergwerke Muzhenian in Peking, wo das Revolutionskomitee mit Hilfe von Militärs die Oppositionellen ausgesondert und über 60 Prozent neuer Mitglieder aufgenommen hat).

Die Verwirklichung praktischer Maßnahmen auf dem Gebiet des Parteaufbaus wird dadurch behindert, daß es keinen offiziellen Standpunkt in der Frage gibt, wie die Funktionen zwischen den Parteiorganisationen und den Revolutionskomitees aufgeteilt sein sollen. Diese Fragen werden im Grunde genommen "im Vorbeigehen", unter Berücksichtigung des konkreten Kräfteverhältnisses, unter dem Druck des Kampfes der rivalisierenden Gruppierungen gelöst.

Die Anstrengungen, die die Maoisten unternehmen, um die Verwandlung der Partei in ein Instrument ihrer politischen Herrschaft zu vollenden, stoßen auf bestimmte Schwierigkeiten. Neben den Widersprüchen innerhalb der Gruppierung selbst behindert auch der Widerstand eines Teils der Parteikader, der gesunden Kräfte in der KPCh diesen Prozeß, die bestrebt sind, den früheren Charakter der Partei als der führenden Kraft der sozialistischen Entwicklung des Landes zu erhalten.

Organe der Militärdiktatur anstelle des Systems der Volksvertretungen

Indem die Maoisten das in der VRCh bestehende verfassungsmäßige System der Organe der Volksmacht zerstörten, unternahmen

sie im Verlauf der "Kulturrevolution" den Versuch, diese Organe durch sogenannte Revolutionskomitees zu ersetzen. Solche Komitees wurden in vielen Provinzen, Städten und Dörfern, aber auch in Betrieben, Institutionen und landwirtschaftlichen Kommunen gebildet.

Die Maoisten sind nach 20jährigem Bestehen der VRCh in gewissem Maße zu jenem System militärischer Kontrollorgane zurückgekehrt, das es in China schon in den Jahren des Bürgerkriegs und in der ersten Zeit nach dem Sieg der Revolution gab.

Hier wie auch in Fragen des Parteaufbaus haben Mao Tse-tung und seine Gefolgschaft vorläufig noch keinen einigermaßen exakten Plan darüber aufgestellt, wodurch die von ihnen zerstörte politische Struktur zu ersetzen ist, die unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder aufgebaut worden war.

Aufmerksamkeit erregt vor allem die Vermischung der Funktionen der Staatsmacht und der wirtschaftlichen Leitung der Betriebe (diese Funktionen werden den Revolutionskomitees übertragen) und sogar der Leitung durch die Partei, da die Parteikomitees auf örtlicher Ebene mit den Revolutionskomitees verschmelzen. Andererseits bleibt die Frage der Organisierung der zentralen Macht unklar. Bisher wurden keinerlei Erklärungen abgegeben, daß es möglich sei, daß das System der Revolutionskomitees in den Provinzen und auf örtlicher Ebene in entsprechenden Institutionen im Zentrum seine Krönung finden wird. Gleichzeitig gab es auch keine formelle Erklärung über die Auflösung des Nationalen Volkskongresses und seines Ständigen Komitees. +)

+) Aus verschiedenen Angaben geht hervor, daß in Peking schon mehrfach geplant war, eine Sitzung des Nationalen Volkskongresses einzuberufen, um über die Frage des neuen Vorsitzenden der VR China und die Regierungsbildung zu befinden. Aber auch die Lösung dieser Aufgabe wird vorläufig verschoben. Diese Verzögerung ist offenbar mit dem fortdauernden Kampf zwischen den verschiedenen Gruppierungen innerhalb der chinesischen Führung zu erklären.

Die Revolutionskomitees wurden von der Armee gebildet und sind ihr bis heute direkt unterstellt. Alle Angelegenheiten in diesen Komitees werden von den Kommandeuren über die "militärischen Kontrollkomitees", die "Armeegruppen zur Unterstützung der Linken" und über die "Arbeiter-Armee-Brigaden zur Propagierung der Ideen Mao Tse-tungs" geregelt.

Von Anfang an entwickelte sich in den Revolutionskomitees ein ständiger Kampf zwischen den verschiedenen Fraktionen der Maoisten. Aus Veröffentlichungen der chinesischen Presse kann man die Schlussfolgerung ziehen, daß dieser Kampf auch nach dem IX. Parteitag der KPCh andauert. Viele Revolutionskomitees, die sich mit inneren Feinden befassen, sind nicht in der Lage, die Aufgaben der praktischen Leitung auch nur einigermaßen ernsthaft zu lösen. "Sektierertum, Lokalegoismus, Anarchismus, Liberalismus, Individualismus usw." haben nach Eingeständnissen der chinesischen Presse nach wie vor "der Sache der Revolution geschadet, den revolutionären Zusammenschluß behindert und den revolutionären Willen zersetzt" ("Jenmin jipao" vom 25. August 1969).

Sowohl in den Revolutionskomitees als auch auf höheren Ebenen der zentralen Macht entwickelt sich eine heftige Rivalität um die Schlüsselpositionen in dem sich herausbildenden Leitungsapparat. Die "Kulturrevolution" wurde von Tausenden und aber Tausenden Menschen verwirklicht, die der Ansicht sind, daß die für das maoistische Regime geleisteten Dienste jetzt in gebührender Weise belohnt werden müßten. Andererseits sind die früheren Funktionärskader nicht gewillt, ihre Positionen kampflos aufzugeben. Das "Gingelein an der Waage schwankt ständig zwischen der einen und der anderen Seite, da hinter ihnen letzten Endes machtvolle Koalitionen innerhalb der Führung stehen, nämlich die oben erwähnten Militärs, "Ideologen" und "Administratoren".

Selbst wenn es Peking gelingt, in relativ kurzer Zeit das System der Staatsorgane in Ordnung zu bringen, werden, wie man schon heute voraussagen kann, in diesen Organen einen bedeutenden Platz Leute einnehmen, die keine entsprechende Bildung haben und keine Erfahrungen in der Verwaltungsarbeit besitzen. Das wird sich unweigerlich auf die allgemeine Kompetenz der Leitung auswirken.

Es besteht allerdings auch die Meinung (sie wird u. a. von einigen westeuropäischen Publizisten geäußert), daß das Eintreten einer Vielzahl neuer, vorwiegend junger Kader in das politische Geschehen eine positive Erscheinung sei, sie bedeute den Zustrom "frischen Blutes" in das System der staatlichen Leitung und könne zur Beseitigung bürokratischer, konservativer Elemente führen. Dabei beruft man sich auf das Beispiel Rußlands nach der Oktoberrevolution und anderer Länder.

Diejenigen, die in den Ergebnissen der "Kulturrevolution" Elemente des Kampfes gegen Bürokratismus erblicken, vergessen das Wichtigste (oder wollen es bewußt nicht sehen) - den prinzipiellen Unterschied zwischen der wahrhaft proletarischen Revolution und dem Umsturz Mao Tse-tungs. Tatsächlich hat die Oktoberrevolution Tausende und aber Tausende Menschen aus dem Volke unmittelbar in die Leitung einbezogen, jedoch wurde diese Einbeziehung von der Organisierung einer systematischen und allseitigen Ausbildung der Werktätigen in der Leitungswissenschaft begleitet. An die Jugend gewandt, die die Leitung des Staates in ihre Hände nehmen mußte, formulierte der Führer der Revolution, W. I. Lenin, als Hauptaufgabe die Losung: "Lernen, lernen und nochmals lernen!" Er sagte, man könne nur dann ein Kommunist werden, wenn man sich alle Schätze der Weltkultur aneigne.

In Gegensatz dazu wird in der VR China das Vorrücken

der Betrogenen und fanatisch gestimmten Jugend aus den Reihen der Mao-Fröhler und der "roten Rebellen" auf den Schauplatz des politischen Geschehens von Erklärungen Mao Tse-tungs begleitet, daß man, um leiten zu können, nicht viel zu wissen brauche, "wenn man viele Bücher liest, wird man kein Imperator". Der Prozeß der Auswechslung der Kader, der sich heute in China vollzieht, hat mit dem Kampf gegen Bürokratismus nichts gemein. Das ist lediglich ein Austausch der einen Mitarbeiter des Staatsapparats gegen andere, die weniger ausgebildet und weniger kompetent, aber den Maoisten mehr hörig sind.

Es muß festgestellt werden, daß in den verschiedenen Gliedern des Leitungsapparates (vor allem in den wichtigsten Ministerien und Ämtern) ein Teil der früheren Kader erhalten geblieben ist, die im Bereich ihrer Möglichkeiten die zerstörende Wirkung der "Kulturrevolution" auf die Wirtschaft des Landes neutralisierten. Die Rüstungsindustrie, insbesondere die Raketen- und Kernwaffenindustrie, wurde dem Zugriff sofort entzogen und unter die Kontrolle und in den Schutz der Armee gestellt. Nur damit ist zu erklären, daß die Volkswirtschaft, die ernsthaft Schaden genommen hat und desorganisiert ist, nicht in den Zustand eines völligen Chaos geriet.

Allerdings können die sich heute vollziehende Auswechslung der Kader und das willkürliche "Experimentieren" der Maoisten mit dem Leitungssystem später nicht ohne Auswirkung auf die Lösung der praktischen Aufgaben auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Kultur usw. bleiben.

Ein Ergebnis des maoistischen Umsturzes besteht in der Tatsache, daß anstelle der verfassungsmäßigen Vertretungsinstitutionen Organe der militärisch-bürokratischen Diktatur geschaffen werden, denen die reelle Verbindung mit den Massen fehlt und die nicht in der Lage sind, die Interessen der Massen wirklich zu

vertreten.

Die Krisensituation ist nicht überwunden

Die chinesische Presse wiederholt in letzter Zeit besonders beharrlich, daß es im Lande gut vorangeht, die Arbeit in den Betrieben erfolgreich aufgenommen wird, die Normen erfüllt und übererfüllt werden, die Geschäfte mit Waren fast überschwemmt sind und die Werktätigen dem Vorsitzenden Mao von ganzem Herzen für das glückliche Leben danken.

Unter Ausschaltung des demagogischen Charakters solcher Propaganda muß man feststellen, daß sich im Vergleich zum Chaos der "Kulturrevolution" tatsächlich eine gewisse Stabilisierung der Lage andeutet. Das Leben zwingt die Maoisten, Anstrengungen zu unternehmen, um die im Verlauf der "Kulturrevolution" desorganisierte Wirtschaft in Gang zu bringen und in anderen Bereichen wenigstens eine relative Ordnung herzustellen.

Zugleich gibt es eine Vielzahl von Beweisen dafür, daß in China solche Erscheinungen wie Anarchismus, Nichtbefolgung der politischen Direktiven des Zentrums sowie Verletzungen der Arbeits- und Produktionsdisziplin breiten Charakter angenommen haben.

In letzter Zeit stellt die chinesische Führung offen die Aufgabe des Kampfes gegen den sogenannten "Polizentrismus". In Dokumenten des ZK der KPCh wird unterstrichen, daß der "Polizentrismus" in dem Bestreben einiger Revolutionskomitees der Provinzen und der Militärbehörden, sich von der zentralen Führung loszulösen, und auch in der ungenauen und nicht termingerechten Erfüllung der politischen Zielsetzungen Pekings durch einzelne Revolutionskomitees zum Ausdruck kommt. Oftmals ignorieren die örtlichen Leiter die Anweisungen des Zentrums und befolgen unter dem Vorwand der Besonderheiten der Lage in den Provinzen in verschie-

denen Fragen eine Politik, die diesen Anweisungen widerspricht.

Die im Ergebnis der "Kulturrevolution" künstlich hervorgerufene Verschärfung der Widersprüche zwischen den verschiedenen sozialen Schichten und politischen Gruppen führt zu bewaffneten Zusammenstößen, die die Behörden zwingen, zur Wiederherstellung der Ordnung Armeetruppen einzusetzen (im Jahre 1969 fanden solche Zusammenstöße in den Provinzen Jiangxi, Shangxi, Guandong u. a. statt). Besonders ernste Konflikte entstehen auf der Grundlage des Kampfes der nationalen Minderheiten Chinas gegen die Assimilations- und Großkhanpolitik der Maoisten.

Die Führer der VR China haben eine Reihe von repressiven Maßnahmen verwirklicht, um eine gefährliche Entwicklung der Ereignisse zu unterbinden. So wurde z. B. durch einen Befehl von Mao Tse-tung vom 28. August 1969 der Armee die Erlaubnis gegeben, "zur Beilegung der Unruhen die militärische Taktik anzuwenden". So wirken sich jetzt die Thesen "der Aufstand ist eine gerechte Sache", "die Revolution wird die Schuld abschreiben", die zur Zerschlagung der Kommunistischen Partei und der Organe der Volksmacht ausgenutzt wurden, wie ein Bumerang gegen die Autoren dieser Thesen aus.

Selbst die offizielle chinesische Presse kann, trotz ihres insgesamt ultraoptimistischen Tons, den hohen Grad der Demoralisierung und des Durcheinanders in der chinesischen Gesellschaft nicht verschweigen. Wie die Zeitung "Jenmin jipao" am 8. Januar 1970 mitteilte, ist im Lande zu beobachten, daß "man von Unterwürfigkeit in Anarchismus fällt, von der Unterdrückung der Massen in Negierung der Führung, von reinem Wirtschaftsdenken in die Weigerung, sich mit der Produktion zu beschäftigen". "Eine Handvoll von Klassenfeinden nutzt alle Möglichkeiten für Bestechung, Diebstahl, Spekulationen und Unterminierung der Grundlagen des

Sozialismus", schrieb die gleiche Zeitung am 27. Januar d. J.

Das Anwachsen der spontanen Unzufriedenheit und der anarcho-
stischen Tendenzen, die durch ihre eigene Politik hervorgebracht
wurden, versucht die Führung der VR China jetzt unter dem Deck-
mantel des "Klassenkampfes" zu überwinden; zur Abschreckung und
Bändigung der Ungehorsamen werden Standgerichte eingesetzt, man
praktiziert die Massenausiedlung bestimmter Gesellschaftsschich-
ten aus der Stadt in entlegene zurückgebliebene Gebiete, die Ein-
weisung in Arbeitslager usw.

Eben mit dem Bestreben, das Regime der Militärdiktatur zu
festigen, eine "Begründung" für die Abrechnung mit Andersgesinnten
zu erhalten und die Aufmerksamkeit der Volksmassen von den kata-
strophalen Folgen der "Kulturrevolution" und des gesamten Maoisti-
schen Kurses abzulenken, ist die in der VR China stattfindende
nationalistische militaristische Kampagne zu erklären. Man schüch-
tert die Bevölkerung mit Krieg ein, insbesondere mit der Möglich-
keit eines Kernwaffenüberfalls auf China, um die Hungerration zu
rechtfertigen, mit der die Mehrheit der Werktätigen auskommen
muß, und auch die unkontrollierte Herrschaft der Armee zu recht-
fertigen. In der Geschichte lassen sich schwerlich Parallelen für
die hysterische Kampagne des Chauvinismus finden, die von den der-
zeitigen Führern der VR China organisiert wurde.

So sieht in allgemeinen Zügen die politische Situation im
Land nach dem IX. Parteitag der KPCh aus.

In den vorangegangenen Materialien der Vertreter der Bruder-
parteien wurde bereits eine gründliche Analyse des großen Scha-
dens gegeben, den die "Kulturrevolution" der Sache des sozialisti-
schen Entwicklung und den nationalen Interessen Chinas zugefügt
hat. Jetzt kann völlig berechtigt die Schlußfolgerung gezogen
werden, daß selbst dann, wenn die Maoisten ihr zerstörerisches
Experiment nicht wiederholen, Jahre erforderlich sein werden,

um seine Folgen zu beseitigen und normale Bedingungen für die Le-
benstätigkeit der Gesellschaft herzustellen.

II.

Die gesellschaftspolitische Ordnung in der VRCh in der gegenwärtigen Etappe

Der IX. Parteitag der KPCh, der eine bestimmte Etappe der Evolution in der Situation in der VRCh einleitete, machte es erforderlich, nicht nur die neuen Momente einzuschätzen, sondern auch die allgemeine Vorstellung vom Charakter der chinesischen Ereignisse zu vertiefen.

In diesem Zusammenhang kommt es vor allem darauf an, die soziale Ordnung der VRCh in der gegenwärtigen Etappe eingehender zu analysieren. Da es sich um eine Gesellschaft handelt, die einen Prozeß scharfer Wendungen und mitunter ganz unerwarteter Veränderungen in den verschiedenen Bereichen des sozialökonomischen und politischen Lebens durchmacht, besteht die zwingende Notwendigkeit, dieses Problem vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus zu untersuchen; das Ergebnis einer solchen Untersuchung wäre eine begründete Vorstellung von der ganzen Kompliziertheit der einander bekämpfenden Tendenzen und den wahrscheinlichen Perspektiven der jetzt in China vor sich gehenden Prozesse.

Eine der irrigen Voraussetzungen, auf Grund derer manchmal Urteile gefällt werden, ob China ein sozialistisches Land sei, besteht im Vergessen des Umstandes, daß sich die VRCh bis zum Beginn der sechziger Jahre (d. h. der "scharfen Wende" Mao Tse-tungs) im Anfangsstadium des Aufbaus des Sozialismus befand. Der Prozeß der Durchsetzung der sozialistischen Prinzipien in der

Volkswirtschaft war bei weitem noch nicht abgeschlossen, das gilt um so mehr für das soziale Leben und um so mehr auch für die Ideologie. Das war eine Gesellschaft, die sich auf dem sozialistischen Wege entwickelte, wobei das Programm dieser Entwicklung in den Beschlüssen des VIII. Parteitags der KPCh (1956) eindeutig festgelegt war.

Das Schwergewicht bei der Analyse des genannten Problems muß folglich auf die Klärung der Frage gelegt werden, welche Elemente des Sozialismus heute in China existieren, welche existiert haben, aber im Prozeß der Durchsetzung des Mao-Kurses deformiert wurden, und welche Tendenzen jetzt vorherrschend sind.

Die Verletzung der Erfordernisse des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus

Die ökonomische Grundlage der chinesischen Gesellschaft bildet das staatliche und das genossenschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln.

Der sozialistische Inhalt des Eigentums läßt sich jedoch nicht darauf reduzieren, daß die Produktionsmittel dem Staat und den Genossenschaften gehören. Er setzt auch voraus, daß die gesamte gesellschaftliche Produktion den Zielen untergeordnet ist, die von den objektiven ökonomischen Gesetzen des Sozialismus diktiert werden. Die Nationalisierung der Produktionsmittel in großem Umfang ist auch im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus möglich und wird dort in der Praxis verwirklicht. Gerade der proletarische Charakter der Staatsmacht, die Unterordnung des gesamten Systems der Wirtschaftsführung und der Leitung der Wirtschaft unter die Interessen der Werktätigen verleiht dem staatlichen und genossenschaftlichen Eigentum einen sozialistischen Inhalt.

W. I. Lenin bezeichnete als "das Ziel (und das Wesen) des Sozialismus...: Übergang des Bodens, der Fabriken usw., überhaupt aller Produktionsmittel in das Eigentum der ganzen Gesellschaft und Ersetzung der kapitalistischen Produktion durch eine nach einem allgemeinen Plan geleitete Produktion im Interesse aller Gesellschaftsmitglieder" (Werke, Bd. 4, S. 269).

Diese unumstrittenen Leitsätze der marxistisch-leninistischen Lehre müssen als Ausgangspunkt für die Analyse der gegenwärtigen ökonomischen Struktur der chinesischen Gesellschaft dienen. Eine solche Analyse zeigt, daß die sozialistischen Elemente in der chinesischen Wirtschaft der Gegenwart infolge der Errichtung einer militärisch-bürokratischen Diktatur, des gegenwärtigen Kurses der Maoisten deformiert werden.⁺⁾

Der volkswirtschaftliche Organismus des Landes ist faktisch in zwei Teile geteilt. Der eine umfaßt die enge Gruppe der Zweige, die mit der Rüstungsproduktion verbunden sind; sie werden unmittelbar von der zentralen Macht kontrolliert, erhalten den Löwenanteil an finanziellen Mitteln, Technik und qualifizierten

+)

In dem Material "Die Lage in China und die Politik der Gruppe um Mao Tse-tung in der gegenwärtigen Etappe" wurde diese Frage bereits behandelt. Die Notwendigkeit, sie erneut aufzugreifen, ist deshalb geboten, weil der sich nach dem IX. Parteitag der KPCh außerordentlich verschärfende Prozeß der Kriegsvorbereitung in der VRCh die Deformierung der sozialistischen Elemente der Basis verstärkt hat.

Die damals gegebene Prognose kann als bestätigt gelten: "Es gibt Anlaß, anzunehmen, daß sich in der VRCh, wenn sich diese Tendenzen weiter entwickeln, unter Beibehaltung der äußeren Attribute der sozialistischen Wirtschaft der Prozeß der Entartung des gesellschaftlichen Eigentums in staatlich-bürokratisches Eigentum verstärken wird, das den Interessen der herrschenden Oberschicht dient, die hegemonistische, nationalistische Ziele verfolgt."

Kadern. Den anderen Teil bilden die Zweige der zivilen Produktion, sie sind vorwiegend auf der Grundlage der Dezentralisation und der Selbstversorgung organisiert. Von der Friedenswirtschaft wird gefordert, daß sie sich "auf die eigene Kraft stützt", d. h. ohne zentralisierte Investitionen und Kredite auskomme. Zugleich wird das in dieser Sphäre geschaffene Nationalprodukt zu einem bedeutenden Teil für die Verwirklichung der militaristischen Programme entzogen.

Das übermäßige Wachstum der mit der Rüstungsindustrie zusammenhängenden Zweige widerspricht nicht nur den Aufgaben zur Errichtung der materiell-technischen Basis des Sozialismus; im Gegenteil, es verleiht der gesamten ökonomischen und sozialen Entwicklung einen entstellten Charakter.

Die Verstärkung des militärischen Potentials erfolgt durch die Intensivierung der Arbeit und die Reduzierung des Lebensstandards der Werktätigen auf das physiologische Minimum. Der Staat entbindet sich von der Sorge um die Volksbildung und das Gesundheitswesen und wälzt die entsprechenden Ausgaben unmittelbar auf die Bevölkerung ab. Die materiell-technische Basis der Wirtschaft, insbesondere in der zivilen Industrie und in der Landwirtschaft, bleibt äußerst rückständig. Die Arbeitsproduktivität steigt nicht. Es vertiefen sich die Disproportionen zwischen den einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft.

Nach dem IX. Parteitag der KPCh werden in China Anstrengungen unternommen, um die Produktionskapazitäten (besonders in der Metallurgie) wiederherzustellen, die in den ersten Jahren der Volksmacht mit Hilfe der Sowjetunion errichtet worden sind. Aber die herrschende Gruppe hat faktisch den Kurs auf die sozialistische Industrialisierung des Landes aufgegeben, der die technische Neuausrüstung der zivilen Wirtschaftszweige und der Landwirt-

schaft zum Ziel hatte. Das Festhalten an den sich selbst versorgenden Kleinbetrieben⁺⁾ bedeutet die unvermeidliche Konservierung der Rückständigkeit und hat außerordentlich negative soziale Folgen: Das Wachstum der organisierten Arbeiterklasse wird gehemmt, die Aufgabe des ökonomischen Zusammenschlusses von Stadt und Land bleibt ungelöst, ihre gegenseitige Entfremdung und die Kluft zwischen ihnen werden zementiert.

In der VRCh werden also die Erfordernisse des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus verletzt. Infolge der Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen chinesischen Führung ist die Produktion nicht den Aufgaben der stetigen Hebung des materiellen und geistigen Wohlstands der Werktätigen auf der Basis des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, nicht der "allseitigen, freien Entwicklung der Persönlichkeit jedes einzelnen im Interesse aller" (Lenin) untergeordnet, sondern Zielen, die den Interessen der werktätigen Massen fremd sind - der Verstärkung des militärischen Potentials zur Verwirklichung der expansionistischen Vorhaben auf dem internationalen Schauplatz.

+) Die Dezentralisierung der Produktion wird unter dem Deckmantel betrieben, daß dies im Falle eines Krieges die Lebensfähigkeit der Wirtschaft sichert. In einem redaktionellen Artikel der Zeitschrift "Hongqi" (№ 10, 1969) werden die "tiefgestaffelte Standortverteilung", die "strategische Dislozierung der Industrie" und die "Schaffung selbständiger Industriekomplexe" als eine der vorrangigsten Aufgaben bezeichnet. In dem Artikel heißt es, China müsse in der Lage sein, "Krieg zu führen unter Ausnutzung zuverlässiger Industriestützpunkte, größer wie kleiner, als selbständige unbesiegbare Festungen".

Willkürliche Entscheidungen statt Plan

W. I. Lenin wies darauf hin, daß Sozialismus undenkbar ist "ohne planmäßige staatliche Organisation, die Dutzende Millionen Menschen zur strengsten Einheitung einer einheitlichen Norm in der Erzeugung und Verteilung der Produkte anhält" (Werke, Bd. 32, S. 346).

Nach der Gründung der Volksrepublik China stellte die Kommunistische Partei Chinas die Aufgabe, im Verlauf von drei Fünfjahrplänen - 1953 bis 1967 - die Grundlagen des Sozialismus zu errichten. In Wirklichkeit gelang es nur, den ersten Fünfjahrplan zu erfüllen; der zweite scheiterte an dem "großen Sprung" in den Jahren 1958 - 1959 und der dritte an der "Kulturrevolution". Das Ergebnis ist, daß die Volkswirtschaft des Landes schon seit mehr als einem Jahrzehnt faktisch ihren planmäßigen Charakter eingebüßt hat.

Diese Lage ist nicht nur das Ergebnis von Fehlrechnungen und Mißerfolgen bei der Durchsetzung der ökonomischen Politik. Die Mißachtung der Erfordernisse eines der wichtigsten objektiven Gesetze des Sozialismus - des Gesetzes der planmäßigen, proportionalen Entwicklung - ergibt sich aus dem kleinbürgerlich-anarchistischen Wesen des Maoismus selbst, aus der willkürlichen Vorstellung von der Möglichkeit, beliebige ökonomische Aufgaben durch politische Kampagnen lösen zu können.

Es ist bezeichnend, daß in den letzten Reden der chinesischen Führer, auch auf dem IX. Parteitag der KPCh, die wirtschaftlich-organisatorische Funktion unter den Aufgaben des Staates nicht einmal erwähnt wurde.

Die Wirtschaft eines so großen Landes wie China kann ohne irgendwelche Elemente der zentralisierten Regulierung überhaupt nicht funktionieren. Heute umfaßt diese Regulierung in der VRCh,

wie schon betont wurde, lediglich die Bildungsproduktion sowie das Verkehrs- und Nachrichtenwesen und das Finanzwesen, d. h. die Zweige, deren zentralisierte Leitung stets in die Zuständigkeit jedes Staates, auch des kaiserlichen Chines, fiel.

Die Theorie und Praxis der Maoisten in der Frage nach der Rolle des sozialistischen Staates bei der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft kommt in gewissem Maße den Ansichten der rechten Revisionisten nahe. Die einen wie die anderen negieren faktisch die bestimmende Rolle der Planungsgrundlage bei der Leitung der ökonomischen Prozesse. Dieses Zusammentreffen ist kein Zufall: Hier tritt das gemeinsame kleinbürgerliche Wesen des rechten und "linken" Opportunismus zutage.

Die Rechtsrevisionisten propagieren den "Marktsozialismus", sie wenden sich gegen die bestimmende Rolle der planmäßigen zentralen Leitung und setzen sich für die Trennung von Wirtschaft und Politik ein. Die Maoisten hingegen halten es für möglich, die Wirtschaft mit Hilfe von Willensentscheidungen zu leiten, für die die berichtigten Ideen Mas Tse-tungs maßgebend sind. Im einen wie im anderen Fall ist trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen das Ergebnis das gleiche: Die Planungsgrundlage in der Entwicklung der Volkswirtschaft wird faktisch ignoriert.

Der negative Einfluß einer solchen Betrachtungsweise wird vertieft durch die Mißachtung der elementaren Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftsführung. Das Prinzip der Verteilung nach der Arbeitsleistung und des materiellen Anreizes wird in China nach wie vor negiert. In den Industriebetrieben wurden die Stimulierungssysteme der Entlohnung entsprechend der Quantität und Qualität der Arbeit aufgehoben und die Dauer des Arbeitstages verlängert. Die Arbeit der Bauern wird durch eine Hungerration abgegolten, und selbst ein Teil des notwendigen Produkts wird unter

dem Vorwand beschlagnahmt, daß Fonds "für den Kriegsfall" geschaffen werden müssen. In immer breiterem Umfang wird die unbezahlte Zwangsarbeit von Arbeitern und Bauern beim Bau militärischer Objekte, Straßen, Bewässerungsanlagen usw. eingeführt. Die sich verstärkenden Elemente der Anarchie haben faktisch zu einer Zunahme der Spekulationen, zur Veruntreuung von staatlichem und genossenschaftlichem Eigentum geführt.

China lehnt es nicht nur ab, den Forderungen des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus Rechnung zu tragen, sondern ignoriert auch die Erfordernisse des Gesetzes der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft. Das Ergebnis ist, daß das staatliche Eigentum seinen gesellschaftlichen Charakter, seinen Charakter als allgemeines Volkseigentum immer mehr einbüßt und die Elemente des Sozialismus in der ökonomischen Ordnung der VRCh einer ernststen Deformierung ausgesetzt sind.

Die ökonomischen Hauptprobleme sind nicht gelöst

- Die Politik der chinesischen Führung verschärft die akuten ökonomischen Probleme des Landes. Dazu gehören
- das Lebensmittelproblem, das infolge des hohen absoluten Bevölkerungszuwachses (12 - 15 Mill) von Jahr zu Jahr komplizierter wird, wobei sich das Volumen der landwirtschaftlichen Produktion nicht erhöht;
 - das Problem der Arbeitslosigkeit, das man mit ungeeigneten Mitteln zu lösen versucht - durch Zwangsumsiedlung Dutzender Millionen Menschen aus den Städten aufs Land;
 - das Problem der technischen Rückständigkeit und der sich vergrößernden Kluft zu den entwickelten Ländern.

Die unmittelbarsten, rechnerisch zu erfassenden Folgen des maoistischen Kurses finden ihren Ausdruck in den Angaben über

den Stand der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion.

China mit seinen riesigen Ressourcen und Bedürfnissen erzeugt gegenwärtig 60 - 65 Md. kWh Elektroenergie, gewinnt 210 - 215 Mill. t Kohle, 12 - 13 Mill. t Erdöl, 12 - 13 Mill. t Stahl, 185 - 190 Mill. t Getreide.

Hätte sich China normal entwickelt, gestützt auf die Hilfe und Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen Bruderländern, dann würde es, wie sowjetische Spezialisten errechnet haben, etwa 40 - 50 Mill. t Stahl produzieren; die Erzeugung von Elektroenergie würde etwa um das Dreifache und die Getreideerzeugung um das Doppelte über dem gegenwärtigen Stand liegen, so wie das im Zwölfjahrplan zur Entwicklung der Landwirtschaft der VRCh vorgesehen war.

Einigen Schätzungen zufolge verringerte sich die Bruttoindustrieproduktion insgesamt von 163 Md. Yuan im Jahre 1959 auf 120 Md. im Jahre 1968.

Das ist das Ergebnis der Wirtschaftspolitik der Maoisten. Entwickelt hat sich nur - und zwar in ziemlich forciertem Tempo - der militärisch-industrielle Komplex. Auf Kosten einer übermäßigen Inanspruchnahme von Kräften und Mitteln gelang es den Maoisten, ein bestimmtes Raketen- und Kernwaffenpotential zu schaffen.

Die Zerstörung der sozialistischen Elemente in der gesellschaftspolitischen Ordnung

Die Deformierung der sozialistischen Elemente in der Wirtschaftsordnung entwickelte sich unter dem Einfluß entsprechender Veränderungen im politischen System der VRCh^{*)}. Diese Tendenz war-

*) In den gemeinsamen Materialien von 1967 und 1969 wurden folgende Schlußfolgerungen gezogen: "Im Verlauf der 'Kulturrevolution' erfolgte faktisch die Zerstörung des politischen Überbaus der volksdemokratischen Ordnung in der VRCh und ihre Ersetzung durch eine militärisch-bürokratische Diktatur" ("Über die Ereignisse in China". "Die Politik der Mao-Tse-tung-Gruppe gegenüber den west-

de vom IX. Parteitag der KPCh verankert und ist heute domi-
nierend.

Die wichtigsten sozialpolitischen Kriterien des Sozialismus
sind bekanntlich

- die Beseitigung der Ausbeuterklassen und der Ausbeutung des
Menschen durch den Menschen;
- die Herausbildung der sozialpolitischen Einheit der werk-
tätigen Klassen und Schichten der Bevölkerung - der Arbeiter,
der Bauern und der Intelligenz;
- die Diktatur des Proletariats, seiner kommunistischen Vorhut,
die Entwicklung der sozialistischen Demokratie;
- die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus als herrschende
Ideologie, die Entwicklung der sozialistischen Kultur.

Die Analyse der chinesischen Wirklichkeit unter Berücksich-
tigung dieser Kriterien führt zu dem Schluß, daß sich der Pro-
zeß der Abkehr von den Prinzipien des Sozialismus in der VRCh
verstärkt.

Der in der Vergangenheit betriebene Kurs auf die allmähliche
Liquidierung der Ausbeuterklassen wurde zunächst verlangsamt
und dann faktisch eingestellt. Ungeachtet wiederholter Drohan-
gen an die Adresse der Ausbeuter, ungeachtet antikapitalistischer
Aufwallungen eines Teils der Jugendbewegung (denn offiziell ver-
lief ja die "Kulturrevolution" unter antikapitalistischen Lo-
sungen), wurde im Laufe der Kampagne unter der heuchlerischen
Bezeichnung "Kampf gegen die an der Macht Stehenden und den
kapitalistischen Weg Beschreitenden" Keinen der Vertreter der
nationalen Bourgeoisie, die in der Regierung und in anderen Be-
reichen der gesellschaftlichen Tätigkeit hohe Posten bekleiden,
auch nur ein Haar gekrümmt. Der nationalistische Kurs Mao Tse-tungs

Forts.d.Fußnote v.S.40:

schiedenen Schichten der chinesischen Gesellschaft, die unter
den verlogenen Losungen der Verschärfung des Klassenkampfes be-
trieben wird, untergräbt die Grundlagen der gesellschaftspoliti-
schen Ordnung in der VRCh selbst als Staat der Volksdemokratie,
der von der Arbeiterklasse geführt wird und sich auf das Bündnis
der Arbeiter und der Bauern gründet" (Artikel 1 der Verfassung
der VRCh von 1954)" ("Die Lage in China und die Politik der
Gruppe um Mao Tse-tung in der gegenwärtigen Etappe").

schließt ein klassenmäßiges Herangehen überhaupt aus und orientiert auf die Einigung der Bevölkerung unter chauvinistischen Lösungen.

Der Kurs der Maoisten läuft auch der Aufgabe zuwider, die sozialpolitische Einheit der Werktätigen herzustellen.

Nach der Gründung der VR China hielt die Kommunistische Partei Chinas in Übereinstimmung mit den bewährten Prinzipien des sozialistischen Aufbaus und unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Bruderländer Kurs auf die Zusammenarbeit, die Annäherung aller werktätigen Klassen und Schichten der Bevölkerung, auf die Gestaltung der sozialpolitischen Einheit der Gesellschaft. Diese Politik zeitigte bemerkenswerte Früchte: Das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft festigte sich; es gelang, einen wesentlichen Teil der patriotisch gesinnten Intelligenz in die sozialistische Entwicklung einzubeziehen; es entwickelte sich die Freundschaft zwischen den Völkern und Völkerschaften, die in China ansässig sind. Die Verfassung der VRCh von 1954 und später der VIII. Parteitag der KPCh im Jahre 1956 verankerten diese Erfolge und schufen die erforderlichen Voraussetzungen für die weitere Konsolidierung der chinesischen Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage.

Dieser Prozeß wurde infolge des "großen Sprunges", der "Kulturrevolution" und des gesamten maoistischen politischen Kurses jäh unterbrochen. Das Wesen der Innenpolitik der gegenwärtigen chinesischen Führung besteht darin, die gesellschaftlichen Klassen und sozialen Gruppen weitestgehend zu entzweien, Gegensätze aufzurichten zwischen den Arbeitern und den Bauern, den qualifizierten und den wenig qualifizierten Arbeitern, den professionellen Kadern und den nichtprofessionellen, den Arbeitern und Bauern einerseits und der Intelligenz andererseits, zwischen den verschiedenen Völkerschaften des Landes⁺). Nur auf der Basis

+) Die Maoisten treten die Leninschen Prinzipien der Nationalitätenpolitik brutal mit Füßen. Die nationale Rayon-Autonomie ist zu einer leeren Fiktion geworden; sie haben die reaktionäre Kuomintang-Theorie der einheitlichen Staatsnation "Gotsju" auf ihr Papier geschrieben, nach der alle nicht zur Han-Nation gehörenden (alle im eigentlichen Sinne des Wortes nichtchinesischen) Nationen assimiliert werden müssen. (Ausführlich wurde diese Frage in dem Material "Über die Ereignisse in China" behandelt.)

einer solchen antwortenden, ausgehöhlten gesellschaftlichen Struktur, innerhalb derer ständig innere Tendenzen ausgetragen werden, kann das volksfeindliche diktatorische Regime sich halten.

In Worten verkündet die chinesische Führung zwar nicht selten die Lösung der "Vereinigung der revolutionären Kräfte der chinesischen Gesellschaft", aber in diese Lösung wird nicht ein sozialistischer, sondern ein nationalistischer Inhalt hineingelegt. Es versteht sich von selbst, daß das keineswegs den gesteuerten Kurs auf die Zersetzung der gesellschaftlichen Beziehungen behindert, daß das kein Hindernis ist, um zwischen den Klassen und Schichten der Bevölkerung zu manövrieren.

Der IX. Parteitag der KPCh und die nachfolgenden Ereignisse haben gezeigt, daß die Taktik des Lavierens zwischen den Klassen und sozialen Gruppen nicht nur mit der Krisenperiode der "Kulturrevolution" zusammenhängt, sondern ein ständiges Glied in der gesamten politischen Linie des Maoismus bildet.⁺⁾

Spaltung und Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse

Als Ergebnis der Politik der maoistischen Führung vollzieht sich in der Arbeiterklasse der VRCh ein Differenzierungsprozeß; innerhalb der Arbeiterschaft haben sich sozial nicht gleichberechtigte Gruppen herausgebildet - "Stammarbeiter", "Neuarbeiter", "zeitweilig Beschäftigte", "Saisonarbeiter", "Kontraktarbeiter", Beschäftigte im Rahmen des Systems "sowohl Arbeiter als auch

⁺⁾ Von diesem Standpunkt erinnert der Maoismus seinen Methoden an den Bonapartismus nahe, der nach den Worten von Karl Marx eine Methode der politischen Herrschaft ist, die sich auf die Armee, die soziale Demagogie und das Lavieren zwischen den Klassen stützt. Diesen Gedanken weiterentwickelnd, schrieb Lenin: "Stütze sind in diesem Falle nicht bestimmte Klassen oder nicht sie allein, nicht hauptsächlich sie, sondern künstlich ausgewählte, vornehmlich aus verschiedenen abhängigen Schichten angeworbene Elemente" (Werke, Band 18, S. 334). Selbstverständlich sind sowohl das soziale Wesen des Bonapartismus und des Maoismus als auch die historischen Bedingungen, unter denen sie zutage traten, sehr unterschiedlich. Es handelt sich gerade um eine gewisse Ähnlichkeit der Methoden, der Taktik, des Vorgehens bei der Festigung und beim Funktionieren derartiger Regimes.

Bauer", "Arbeiter-Lehrlinge". Unter dem Vorwand der Einsparung von Mitteln wurden Regeln eingeführt, die diese Kategorien auf Jahre hinaus konservieren und einen Aufstieg aus den "niedrigen" in die "höheren" behindern. Da die "Stammarbeiter" höhere Löhne erhalten und bestimmte soziale Privilegien genießen (Beihilfen für Heilbehandlung, Krankengeld, Rentenversorgung), werden sie von ihren Arbeitskollegen als "Arbeiteraristokratis" betrachtet.

Gerade diesen Umstand nutzten die Maoisten zu Beginn der "Kulturrevolution" aus, um aus den unqualifizierten Arbeitern die halb-militärischen Terrororganisationen der "roten Rebellen" zu bilden, mit deren Händen die Kommunistische Partei, der Allgemeine Nationale Gewerkschaftsbund Chinas und die Machtorgane zerschlagen wurden.

Die Aktionen der Trupps der "roten Rebellen" gegen die Stammarbeiter konnten den Anschein erwecken, als werde der Kampf gegen die auf bürokratischem Wege errichteten Schranken zwischen den einzelnen Gruppen der Arbeiterklasse geführt. In Wirklichkeit jedoch war das eine Methode der Manipulierung der Massen zu dem Zweck, die Macht der volksfeindlichen herrschenden Oberschicht zu festigen: Die Stammarbeiter werden an den Rand des Verlustes jener Vorteile gebracht, die sie als qualifizierte Arbeitskräfte genießen, und die wenig qualifizierten Arbeiter bleiben weiterhin in ihrer bisherigen Lage. Infolge der Spaltung ist die Arbeiterklasse unfähig, ihre Interessen zu verteidigen.

Ein besonders anschauliches Zeugnis für den antiproletarischen Inhalt des Kurses Mao Tse-tungs ist die Schaffung und Kultivierung eines besonderen Standes von Werktätigen mit der Bezeichnung "sowohl Arbeiter als auch Bauer"⁺⁾ .

+) Der Mechanismus, mit dem diese Zwischenschicht formiert wird, läuft im wesentlichen auf folgendes hinaus. Der Staat schließt Kontrakte mit den Dorfkommunen ab, die für eine bestimmte Zeit die gesündesten Arbeitskräfte zur Verfügung stellen. Die Arbeitskräfte selbst sind nicht Subjekt des Vertrages. Die Anwerbungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen werden ohne ihre Mitsprache festgelegt. Nach Ablauf des Kontraktes kehren diese Menschen ins Dorf zurück, und ihren Platz nehmen andere ein. Da der Lebensstandard im chinesischen Dorf noch niedriger ist als in der Stadt, verlassen die Bauern gern für eine gewisse Zeit ihre Heimatorte und gehen in die Beutriggaden, Gruben, Bergbaubetriebe, zum Bau militärischer Objekte, in Urenschnöcke usw.

Ursprünglich entstand die Kategorie "sowohl Arbeiter als auch Bauer" nach dem Scheitern des "großen Sprungs" als ein Mittel, um einen Ausweg aus der schwierigen Lage der chinesischen Wirtschaft zu finden. Aber die Form, die unter den spezifischen chinesischen Bedingungen hätte zu einem Mittel werden können, um die Arbeiterklasse zu entwickeln und ihren Einfluß auf die Bauernschaft zu stärken (und oberflächlich könnte das so aufgefaßt werden), wird von den Maoisten im Grunde genommen für entgegengesetzte Zwecke ausgenutzt, und zwar:

- für den ständigen Druck auf die Stammarbeiter, da ihnen stets die Gefahr droht, in diese Kategorie überführt zu werden, wobei sie ihr Recht auf Rente und andere Formen der sozialen Sicherstellung verlieren würden, aufs Land umgesiedelt werden könnten usw.;
- für die Verhinderung oder zumindest das Abbremsen des Prozesses der Herausbildung eines Kerns der Arbeiterklasse mit proletarischem Bewußtsein;
- für den politischen Kampf gegen die Gegner des Maoismus.

Die Manipulationen mit der Arbeiterklasse wurden den Maoisten nicht nur durch die Untergrabung ihrer Einheit erleichtert, durch die Zwietracht zwischen den verschiedenen Kategorien, sondern auch durch das allgemein niedrige Kultur- und Bildungsniveau. Offiziellen Angaben zufolge waren 1957 mehr als 80 Prozent der Arbeiter Halbanalphabeten oder Analphabeten. Die aktive Arbeit der Partei und der Gewerkschaften zur Hebung des Kulturniveaus der Arbeiter und zur Beseitigung des Analphabetentums unter ihnen wurde seit 1959 praktisch eingestellt. In den letzten Jahren hat sich der Anteil der Halbanalphabeten unter der Arbeiterschaft erhöht.

Es ist bezeichnend, daß die Maoisten versuchen, sogar den Begriff "Arbeiterklasse" aus dem Sprachgebrauch auszumerzen; im neuen Parteistatut wurde er durch den Terminus "Proletariat" ersetzt. Diese Ersetzung bietet die Möglichkeit, zu der ursprünglichen maoistischen Interpretation des "Proletariats" als Klasse der Besitzlosen zurückzukehren, zu der neben den Industriesarbeitern auch die Lumpenproletarier und alle möglichen deklassierten Elemente gezählt werden.

Die Arbeiterklasse in China (vor allem ihr organisiertester und bewußtester Teil) nimmt nicht die Stellung ein, die ihr im Zusammenhang mit ihrer führenden Rolle im Prozeß der gesellschaftlichen Produktion gebührt. Sie ist politisch rechtlos und gespalten, und das ermöglicht es den Maoisten, ihren weniger bewußten Teil als Werkzeug für die Durchsetzung ihrer Politik und als Deckmantel für die "neue Ordnung" zu benutzen.

Die Unterminierung des Bündnisses der Arbeiter und der Bauern

Eines der wichtigsten Prinzipien der Entwicklung auf dem sozialistischen Wege, insbesondere in einem Land mit überwiegend bäuerlicher Bevölkerung, ist das feste Bündnis der Arbeiter und der Bauern. Es findet seinen Ausdruck in der politischen Führung der Bauernschaft durch die Arbeiterklasse und ihre kommunistische Vorhut; in der Organisation des wirtschaftlichen Zusammenschlusses zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft; in der Hilfeleistung für die Bauern bei der Vergenossenschaftung des Dorfes, bei der Überwindung seiner technischen und kulturellen Rückständigkeit.

Es muß festgestellt werden, daß in diesen Fragen auch vor dem "großen Sprung" unter dem Druck Mao Tse-tungs ernste Fehler gemacht und die Leninschen Prinzipien verletzt wurden. Entgegen dem früher geplanten 15jährigen Zeitraum für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft wurde die Vergenossenschaftung des Dorfes forciert im Verlauf von zwei Jahren vollzogen (1955 - 1956). Die Tatsache, daß sich dieser Prozeß nicht auf die technische Neuausrüstung der Landwirtschaft stützte, wirkte sich negativ auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion aus und - was das Wichtigste ist - erzeugte bei den Bauernmassen ein gewisses Mißtrauen gegen die Idee der Vergenossenschaftung selbst. Es wurde keine echte feste ökonomische Basis für das Bündnis der Arbeiter und Bauern geschaffen. Die Lage verschärfte sich noch infolge der Bildung der Volkskommunen und des gesamten gegenwärtigen Kurses der chinesischen Führung gegenüber dem Dorfe.

Von einer politischen Führung der Bauernschaft durch die Arbeiterklasse, die selbst völlig von der Teilnahme an der Leitung des Staates ausgeschlossen ist, kann überhaupt keine Rede sein.

Die Industrie versorgt das Dorf kaum mit der notwendigen Technik und liefert lediglich für chinesische Verhältnisse verschwindend geringe Mengen an Kunstdünger. Es versteht sich von selbst, daß die schwache chinesische Industrie auch nicht imstande gewesen wäre, den Bedarf des Dorfes in vollem Umfang zu decken. Aber es handelt sich darum, daß selbst die vorhandenen Möglichkeiten nicht genutzt werden, weil die Hauptkapazitäten der Industrie für militärische Zwecke arbeiten.

Infolge des verkündeten Kurses auf "Selbstversorgung" des Dorfes wird die Kluft zwischen Stadt und Land nicht nur nicht geringer, sondern vergrößert sich praktisch weiter. Das riesige Meer der Bauernschaft, das nicht durch einen ständigen Austausch von Erzeugnissen mit der städtischen Industrie verbunden ist, existiert gewissermaßen unabhängig von der Stadt.

Bekanntlich können die Formen des Zusammenschlusses zwischen Stadt und Land, des Bündnisses der Arbeiter und Bauern verschieden sein; sie werden von den kommunistischen Parteien unter Berücksichtigung der Besonderheiten des jeweiligen Landes bestimmt. Aber die Erfahrungen des Weltsozialismus haben überzeugend bewiesen, daß die von der marxistisch-leninistischen Wissenschaft entdeckten allgemeinen Gesetzmäßigkeiten eingehalten werden müssen. Die Praxis der Maoisten ist die gräßlichste Verletzung dieser Gesetzmäßigkeiten, die sich mit keinen spezifischen Besonderheiten erklären läßt. Das wird anschaulich durch die Tatsache bestätigt, daß die Kommunistische Partei Chinas in den ersten Jahren der Entwicklung der VRCh erfolgreich den Kurs der Festigung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft steuerte - in Übereinstimmung mit den Erfahrungen des Weltsozialismus -, und dieser Kurs zeitigte unter den Bedingungen Chinas gute Ergebnisse.

Kurs auf die Unterdrückung der Intelligenz

Ein wichtiges Element des Leninschen Programms des sozialistischen Aufbaus besteht in der Gewinnung des patriotisch gesinnten Teils der alten Intelligenz für die Sache des Proletariats und besonders in der Erziehung einer neuen Volksintelligenz, die den Idealen des Sozialismus ergeben ist. Diese Aufgabe er-

langt eine immer größere Rolle unter den gegenwärtigen Bedingungen, in der Epoche der wissenschaftlich-technischen Revolution, da die Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft wird. Und besonders akut ist sie in den sozial-ökonomisch und kulturell zurückgebliebenen Ländern.

Im Gegensatz dazu betreibt die maoistische Führung eine Politik der Hetze gegen die Intelligenz, sie benutzt sie als Schreckgespenst, um Massenkampagnen zu entfachen, die alle oppositionellen Kräfte einschüchtern sollen. Es ist bezeichnend, daß die "Kulturrevolution" gerade mit der Hetze gegen die Schriftsteller, Journalisten, Wissenschaftler und andere Vertreter der fortschrittlichen chinesischen Intelligenz (die sogenannten "schwarzen Banditen" und "bürgerlichen Autoritäten") eingeleitet wurde, bevor sie auf das Hauptobjekt, die Partei- und Staatskader, übergriff.

Die heutige Führungsgruppe wendet sich vor allem deshalb gegen die Intelligenz, weil die Funktion dieser sozialen Zwischenschicht in der Verbreitung der Kultur besteht, in der Mao Tse-tung mit Recht eine Gefahr für seine Diktatur sieht. Er braucht unwissende, ungebildete Menschen, die fähig sind, die Dogmen der neuen "Religion" auf Treu und Glauben anzunehmen, und nicht kritisch denken können.

Mit anderen Worten, die Maoisten wenden sich gegen die Intellektuellen und gegen die Intelligenz, weil sie ganze Generationen von Menschen erziehen wollen, die die von ihnen errichteten Zustände reproduzieren könnten.

Zugleich zwingen die praktischen Bedürfnisse der Entwicklung der Rüstungsindustrie und der staatlichen Leitung die chinesische Führung, eine bestimmte Anzahl von Spezialisten zu unterhalten. Diese Menschen sind durch Repressalien eingeschüchtert und künstlich vom Volke isoliert.

Um aus der durch den Kadernmangel hervorgerufenen schwierigen Lage herauszukommen, wurde die "neueste Weisung" veröffentlicht, daß gegenüber der Intelligenz "die Erfassung durch Erziehung ausgeweitet und die Sphäre des Schläge-Austeilens eingeengt" werden müsse. Die Maoisten sind auch darüber beunruhigt, daß nahezu die gesamte Intelligenz im Lager der offenen oder ver-

steckten Opposition gegen das Regime steht. Während des IX. Parteitags schlug Mao vor, "einen großen Teil der inhaftierten Intelligenz freizulassen und sich mit ihrer Umerziehung zu befassen, damit sie in der besonderen Situation nicht zu unserem Feind wird".

Einige Spezialisten wurden sogar als Delegierte des IX. Parteitagess der KPCh benannt und in das neue ZK aufgenommen⁺⁾ . Die offiziöse Zeitschrift der Maoisten "Hongqi" veröffentlichte einen Artikel "Widerlegung der Theorie von der Gefährlichkeit der Arbeit auf dem Gebiet der Kultur", in dem die aus den Gefängnissen entlassenen Intellektuellen heuchlerisch belächelt wurden, es sei falsch anzunehmen, daß "die Gesellschaftswissenschaften gefährlich sind", daß es "gefährlich ist, auf dem Gebiet der Literatur und Kunst zu arbeiten", daß "ein Schälchen Reis, das auf dem Gebiet der Literatur und Kunst verdient wurde, ungenießbar ist" ("Hongqi" Nr. 6 - 7, 1969).

Die Maoisten, die die Intelligenz unterdrücken, sind also zugleich gezwungen, einzelne Gruppen vor allem technischer und militärischer Spezialisten zu halten, die sich in der Lage rechtloser intellektueller Söldner befinden.

Die Armes an der Macht

In der gegenwärtigen chinesischen Gesellschaft fehlt faktisch das Hauptkriterium, das es gestattet, von einer politischen Ordnung des Sozialismus, von der Diktatur des Proletariats und der führenden Rolle der Kommunistischen Partei zu sprechen. Die Grundlage der Diktatur der Arbeiterklasse, das Bündnis der Arbeiter und der Bauern, wird zerstört. Die entzweite und desorganisierte Arbeiterklasse ist faktisch Objekt der Politik, und die eingepriesene Lösung von ihrer Diktatur ein Feigenblatt für das Regime der persönlichen Macht Mao Tse-tungs.

In dieser Frage muß erneut die Ähnlichkeit der in China vor sich gehenden Ereignisse mit jenen konterrevolutionären Prozessen betont werden, die in einigen sozialistischen Ländern auf

⁺⁾ Zum Beispiel der Atomwissenschaftler Tsienang Xiu-seng und der Mathematiker Hua Lo-gen u.a.

dem Boden des Rechtsrevisionismus entstanden. In dem einen wie in dem anderen Fall war die Partei von der Macht verdrängt und von innen her desorganisiert.

In der Tschechoslowakei versuchte die Konterrevolution 1968, als sie einen politischen Umsturz vorbereitete, mit Hilfe der Rechtsrevisionisten die marxistisch-leninistische Kader der Partei zu vertreiben, sie politisch zu kompromittieren, dann die gesamte Partei zu zersetzen, sie von der Leitung des Staates zu verdrängen, indem ihr alle Machtinstrumente aus der Hand genommen wurden. Ähnlich ging die Konterrevolution in Ungarn vor.

In China begann die Gruppe um Mao Tse-tung, nachdem sie die Kontrolle über die Armee und die Massenmedien in die Hand genommen hatte, zunächst der Partei ihre führende Rolle zu nehmen, dann wurden die Hauptkader zerstört und organisatorisch zerschlagen, und jetzt strebt sie die völlige Entartung der Partei an.

Als Folge der "Kulturrevolution" wurde auch der Mechanismus der Staatsmacht, das System der Volksvertretung zerstört, alle demokratischen Rechte der Bürger wurden praktisch zunichte gemacht. Wie im Teil I des Materials festgestellt wurde, fehlt in der VRCh praktisch bis heute ein einheitliches System der Staatsorgane.

Die Stütze des in der VRCh bestehenden Regimes der persönlichen Diktatur, das hauptsächlichste Machtinstrument, ist die Armee geworden.

Das gesamte wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben des Landes steht praktisch unter der Kontrolle von Truppenteilen. Militärkommandeure beaufsichtigen die Arbeiter der Betriebe, schalten und walten in den Ministerien, Forschungseinrichtungen, Schulen und Krankenhäusern. Die reale Macht in den Provinzen üben Generale aus, die in der Regel den Posten des Wahrbezirkskommandeurs und den des Vorsitzenden der örtlichen Machtorgane (Revolutionskomitee) sowie dort, wo Parteiorganisationen gebildet

wurden, auch die deren Leiter inne haben⁺⁾ .

Eben weil die Armee heute die beherrschenden Positionen innehat, wird von ihrer Orientierung, vom Ausgang des Kampfes unter ihren Kommandeurskadern in wesentlichem Maße die Richtung der Außen- und Innenpolitik Chinas in den nächsten Jahren abhängen.

Es gibt Informationen, daß gegenwärtig bestimmte Gegensätze in der Armeeführung sowohl im Zentrum als auch auf örtlicher Ebene zu verzeichnen sind. Es entfaltet sich der versteckte Kampf zwischen der ultraschauvinistischen, ultramilitaristischen Tendenz und den gemäßigten, realistischeren Ansichten über die Entwicklungsprobleme des Landes. Wie schon betont wurde, ist ein Teil der Kommandeurskader unzufrieden damit, daß die Armee zur Ausübung von Wirtschaftsfunktionen herangezogen wird.

Dieser Kampf, der einetweilen noch keinen entscheidenden Einfluß ausübt, kann im Falle einer Krisensituation innerhalb der herrschenden Gruppierung zum Hauptfaktor werden.

Gegenwärtig wird also in China die Stelle der Institutionen und Einrichtungen der Volksmacht von dem bisher noch nicht endgültig herausgebildeten Mechanismus der persönlichen Diktatur Mao Tse-tungs eingenommen, in dem die Armee die ausschlaggebende Rolle spielt.

Maoismus statt Marxismus-Leninismus

In China wird versucht, den Marxismus-Leninismus gänzlich durch die maoistischen Ideen als ideologische Grundlage des Lebens der ganzen Gesellschaft zu ersetzen.

+) In dem politischen Bericht an den IX. Parteitag der KPCh wurde gesagt, die Armee sei "die zuverlässige Stütze der Diktatur", "der Hauptbestandteil des Staates". Die chinesische Presse betonte, als sie die Rolle der Armee im Lande charakterisierte, sie sei "die bewaffnete Organisation, die die politischen Aufgaben der Revolution erfüllt", "neben ihrer Kampftätigkeit" seien ihr "solche wichtigen Aufgaben aufgelegt wie die Agitation und Propaganda unter den Massen, die Organisation der Massen, die Bewaffnung der Massen, die Hilfe für die Massen bei der Schaffung der revolutionären Macht und sogar bei der Schaffung der Organisationen der Kommunistischen Partei" ("Djienfengdjiung Sac" vom 17.2.1969).

Allerdings verzichten die Maoisten auch jetzt noch nicht endgültig darauf, jenes gewaltige ideelle und moralische Kraftfeld, jene hohe Autorität, die der Marxismus-Leninismus bei den Werktätigen des Landes und insbesondere unter den Revolutionären der ganzen Welt sowie in der internationalen Öffentlichkeit genießt, ihren Interessen dienstbar zu machen.

Aber hier haben wir es lediglich mit einem schamlosen Jonglieren mit marxistischen Begriffen und Termini zu tun, in die die Maoisten meistens einen gegenteiligen Sinn hineinlegen. In den Dokumenten des IX. Parteitag der KPCh läßt sich eine riesige Anzahl von Beispielen für eine derartige Äquibristik finden. So wird mit der offiziell verkündeten Zielsetzung der "Festigung der Diktatur des Proletariats" der Kampf um die Durchsetzung der Diktatur der maoistischen Gruppierung bemittelt; hinter der Losung "Fortsetzung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats" steht die Zerstörung aller politischen Institutionen der Arbeiter-und-Bauern-Macht, der reaktionäre Umsturz; die Losung "Reinigung der Partei von den Menschen, die den kapitalistischen Weg gehen", bedeutet die Vernichtung der Gegner der persönlichen Diktatur Maos; die Losung von der "Festigung der Rolle der Arbeiterklasse" ist ein Tarnstrich für das Stützen auf die Arme und die vom Chauvinismus verführten kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung; die Losung "Verteidigung der Reinheit des Marxismus-Leninismus" bedeutet das Aufpfropfen des Maoismus und Nationalismus.

Somit geht es nicht nur um eine Revision des Marxismus-Leninismus von ultralinksektiererischen Positionen, sondern um seine Ersetzung durch den Maoismus. Das bedeutet eine prinzipielle qualitative Wende: von wissenschaftlichen Kommunismus zum reaktionären kleinbürgerlichen Egalitarismus, von der wissenschaftlichen Weltanschauung zu einer spezifischen Variante des religiösen Kults.

Es ist bezeichnend, daß selbst die äußeren Attribute der neuen maoistischen Ordnung an die entsprechende Organisation der Kirche erinnern.

Die Maoisten, die nicht das Risiko eingehen, sich auf die Methode der bewußten, kritischen Aneignung des Systems ihrer An-

schauungen zu stützen, betreiben eine Propaganda, die im wahrsten Sinne darauf gerichtet ist, die Menschen zu verdünnen, sie zu gehorsamen Robotern zu machen, die bereit sind, gedankenlos beliebige Weisungen des Führers und seines Stabes zu erfüllen.

Es ist bekannt, welchen Schmähungen im Verlaufe der "Kultur-revolution" die jahrtausendealte Kultur des großen chinesischen Volkes ausgesetzt war. In letzter Zeit, als die brutalsten Exzesse der Mao-Truppen - Bücherverbrennungen, zerstörte Statuen großer Meister, Schändung von Tempeln - nachließen, konnte der Eindruck entstehen, daß das Schlimmste vorbei sei, daß eine Periode einer gesünderen und rationaleren Einstellung zu den kulturellen Werten beginne.

Aber es darf nicht außer acht gelassen werden, daß der extreme Vandalismus zwar seinen äußeren Erscheinungsformen nach zurückgegangen ist, aber im Grunde genommen der weitaus gefährlichere und weitere tiefgreifende Prozeß der Ausrottung der Kultur fortgesetzt wird. Das kommt darin zum Ausdruck, daß die Zahl der Unterrichtsstunden in den geöffneten Schulen und Hochschulen radikal eingeschränkt, die Programme der Schul- und Hochschulbildung auf ein Minimum reduziert und primitiviert wurden⁺⁾. Der Prozeß der Liquidierung des Analphabetentums wurde

+) In den Grundschulen und unvollständigen Mittelschulen, in denen der Unterricht wieder aufgenommen wurde, wurde die Zahl der Stunden für die allgemeinbildenden Fächer um ein Drittel bis um die Hälfte verringert. In ihnen wurde die Ausbildung auf den Rechenunterricht und den elementaren Sprechunterricht reduziert. Die Einführung in die Heimatliteratur wurde durch das Studium von Zitaten Mao Tse-tungs und Reden Lin Bieos ersetzt. Aus den Lehrbüchern für Literatur wurde die gesamte jahrhundertalte chinesische Literatur herausgenommen. Radikal eingeschränkt wurde die Stundenzahl für ausländische Geschichte; ausländische Literatur wird überhaupt nicht gelehrt. Die größere Hälfte der Unterrichtszeit entfällt auf militärische Ausbildung. Der Unterricht an den Hochschulen, Fach- und Oberschulen wurde bisher nicht wieder aufgenommen. Kürzlich erklärte Mao Tse-tung: "Der Himmel wird nicht einstürzen, wenn noch zwei - drei Jahre lang keine Neuaufnahmen in die Hochschulen erfolgen." Gegenwärtig werden Maßnahmen getroffen, um den Unterricht an den naturwissenschaftlich-technischen Hochschulen wieder aufzunehmen. Aber auch dort wird die Dauer des Studiums von 5 - 6 Jahren auf 3 - 3 1/2 Jahre verkürzt. Viele allgemeinbildende Disziplinen (Weltgeschichte, ausländische und chinesische Literatur) wurden aus den Lehrprogrammen herausgenommen.

wurde unterbrochen, und niemand weiß, wann er wieder aufgenommen werden wird. Mehr als 70 Millionen Kinder im schulpflichtigen Alter hatten in den letzten Jahren keine Möglichkeit, eine Schule zu besuchen, und ein beträchtlicher Teil von ihnen wird offensichtlich auch ohne Bildung bleiben. Infolge der "Kulturrevolution" Mao Tse-tungs fehlen dem Lande Millionen Hochschulepezialisten, die meisten höheren Lehranstalten und Fachschulen sind bis heute geschlossen.

In den letzten vier Jahren erschien kein einziger Spielfilm, kein belletristisches Werk. Die Filmkunst und das graphische Gewerbe wurden in den Dienst der Verherrlichung Mao Tse-tungs und der Durchsetzung seines Kurses gestellt. Die Literatur- und Kunstzeitschriften sowie die gesellschaftswissenschaftlichen Zeitschriften wurden eingestellt. Die Verlage sind damit beschäftigt, die "Werke Mao Tse-tungs" herauszugeben. Die Auflage der Zitatbücher Maos und seiner Schriften, die in den Jahren der "Kulturrevolution" erschienen, erreichte die astronomische Höhe von mehr als 3 Milliarden Exemplaren.

Nachdem die Maoisten die Fluren der Kultur in eine Wüste verwandelt haben, versuchen sie den Anschein des Aufblühens einer "neuen proletarischen Kultur, die von den Ideen Mao Tse-tungs inspiriert ist", zu erwecken. Diese Illusion sollen die sechs sogenannten revolutionären Theaterstücke erwecken, die, nebstbei bemerkt, lange vor der "Kulturrevolution" vorbereitet und inszeniert wurden.

Zugleich bemüht sich die Pekinger Propaganda auf jede Weise, dem neuen Regime den Anschein eines "Volks"charakters zu verleihen, den Eindruck zu erwecken, als sorgten sich Mao und seine Umgebung ständig um die Werktätigen. Als ein geeignetes Mittel dazu wurde das Gesundheitswesen ausersuchen. Nachdem fast alle medizinischen Hoch- und Fachschulen geschlossen waren (dem Lande wurden in den vier Jahren der "Kulturrevolution" mehr als 400 000 Ärzte und rund 800 000 Arztgehilfen und anderes mittleres medizinisches Personal verenthaltet), haben die Maoisten die Kampagne für die Allheil-Askulaps auf den Schild, deren Hauptmedizin die Zitatbücher Maos sind.

Bei all dem gelang und gelingt es den Maoisten nicht, endgültig jeden Gedanken, jedes Streben nach dem Kennenlernen der einheimischen und Weltkultur abzuwürgen. Wie die offizielle Propaganda zugeben muß, entstehen überall im Lande "illegale Bibliotheken" und werden die als "schwarz" deklarierten Bücher von Lu Sing und ausländischen Klassikern in Form von Flugblättern verbreitet.

Lu Sing illegal und Tolstoi illegal - so weit hat das militante Dunkelmännertum der Maoisten das chinesische Volk gebracht.

Wurden die sozialistischen Elemente in der Wirtschaft wesentlich deformiert, wurde in noch stärkerem Maße das sozialpolitische System der VRCh untergraben, so ist der Prozeß des Bruches mit dem proletarischen, dem wissenschaftlichen Sozialismus in der Sphäre der Ideologie besonders weit fortgeschritten.

Totale Militarisierung

Die Quintessenz der Politik der Mao-Tse-tung-Gruppe bildet die Militarisierung des gesamten Lebens des Landes, die nach dem IX. Parteitag, auf dem der Kurs auf den Krieg als langfristiges politisches Programm der gesamten Nation verkündet wurde, einen besonderen Aufschwung genommen hat.

In der Entwicklung der sozialistischen Länder gibt es Perioden, da die Erfordernisse der Verteidigung der revolutionären Errungenschaften vor der imperialistischen Bedrohung die Notwendigkeit diktieren, bedeutende Kräfte und Ressourcen für die Festigung ihrer Verteidigungsfähigkeit zu konzentrieren. Im Weltmaßstab verlangen es die Aufgaben der Verteidigung des Sozialismus, große Mittel für den Aufbau von Streitkräften auszugeben, die imstande sind, der vereinten militärischen Macht des imperialistischen Lagers zuverlässig zu widerstehen.

Bei einer richtigen marxistisch-leninistischen Einstellung entspricht die Aufmerksamkeit, die der militärischen Seite der Sache gewidmet wird, stets exakt der Gefahr, die dem Sozialismus auf dem internationalen Schauplatz droht, und die militärischen Anstrengungen sind den Aufgaben der Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften untergeordnet.

Im Gegensatz dazu geht die Militarisierung des öffentlichen Lebens in der VRCh unvergleichlich weiter als der übliche Prozeß der Stärkung der Verteidigung und ergreift die gesamte Wirtschaft, die Politik und die Ideologie; sie geht nicht von der Möglichkeit aus, daß China durch vereinte Bemühungen der sozialistischen Gemeinschaft vor einer imperialistischen Aggression geschützt wird und wird von expansionistischen Bestrebungen bestimmt.

Der Kurs der heutigen Pekingener Führung auf die Militarisierung hängt eng zusammen mit den bekannten Ansichten der Maoisten in den Fragen des Krieges, des Friedens und der Revolution. Diese Ansichten fanden ihren weitestgehenden Ausdruck und ihre Bekräftigung in den Materialien des IX. Parteitag. Das Referat von Lin Biao auf dem Parteitag stellt nahezu als Hauptaufgabe den Beweis der These, daß ein neuer Weltkrieg unvermeidlich und sogar "wünschenswert" sei.

In der VRCh wurde eine umfassende Kampagne zur Anheizung der Kriegspsychose entfaltet. Die Massenmedien führen diese Kampagne unter solchen Losungen wie "Die gesamte Arbeit der Vorbereitung auf den Krieg unterordnen", "Die Vorbereitung auf den Krieg im Bewußtsein der Menschen verankern", "Das 700-Millionen-Volk zu 700 Millionen Soldaten machen", "Alle Berge und Täler - ein einziges Militärlager", "Den Tod nicht fürchten", "Die Prüfungen des Krieges durchmachen". Die Kriegsvorbereitung wird als "großer strategischer Kurs Mao Tse-tungs" bezeichnet.

Die Bevölkerungsteile, die als politisch zuverlässig gelten, werden in Einheiten und Verbände der Volkswehr zusammengefaßt, welche der Armeeführung unterstehen. In den großen Städten werden regelmäßig Luftalarmübungen abgehalten. Die Menschen werden gezwungen, Laufgräben, Deckungsgräben und Bombenunterstände zu bauen. Nach ausländischen Pressemeldungen zu urteilen, wurde die Einberufung zur Armee verstärkt und die Kampfausbildung der Truppen intensiviert, einige Zivilbetriebe werden auf Rüstungsproduktion umgestellt, die Gebäude erhalten Terrängen, Truppenteile und Militärgüter werden massenhaft auf den Eisenbahnen befördert, Industrie- und andere Objekte werden aus den großen Städten in entlegene Gebiete evakuiert, bei der Bevölkerung werden Blutspenden gesammelt, es werden Vorräte an Medikamenten angelegt.

Im August 1969 wurde ein von Mao Tse-tung unterzeichneter Beschluß des ZK der KPCh über die Vorbereitung auf den Krieg gefaßt.

Die gegenwärtige Kampagne der Kriegsvorbereitung ist eine neue Etappe der weiteren Militarisierung der chinesischen Gesellschaft, und mit ihrer Hilfe soll eine Reihe konkreter ökonomischer, politischer und ideologischer Aufgaben gelöst werden:

- die Festigung der Positionen der maoistischen militärisch-bürokratischen Diktatur, die Herbeiführung einer Notstandssituation, um alle in Opposition zum Regime stehenden Kräfte niederhalten zu können, und die Verstärkung der militarisierten Disziplin in allen Bereichen des öffentlichen Lebens;
- die maximale Mobilisierung aller Mittel und Ressourcen für Kriegszwecke, in erster Linie die Beschleunigung der Schaffung eines Raketen- und Kernwaffenpotentials auf Kosten der Lebensinteressen der chinesischen Werktätigen. (Einigen Angaben zufolge betragen die Rüstungsausgaben mehr als 40 Prozent des chinesischen Staatshaushalts; etwa die Hälfte davon bilden die Ausgaben für die Verwirklichung des Raketen- und Kernwaffenprogramms);
- die weitere Bearbeitung des chinesischen Volkes im Geiste des Chauvinismus;
- die unmittelbare Vorbereitung auf expansionistische Anschläge auf dem internationalen Schauplatz.

Die Militarisierung der chinesischen Gesellschaft widerspricht nicht nur zutiefst den Aufgaben des sozialistischen Aufbaus in China, sondern stellt auch eine Gefahr dar, die nicht unterschätzt werden darf. Der totale Militarismus, multipliziert mit Großmachtchauvinismus, kann zu einer unmittelbaren Quelle des Krieges und bewaffneter Zusammenstöße lokalen oder allgemeinen Charakters werden.

Was ist das für eine Gesellschaft?

Es muß erneut hervorgehoben werden, daß es gegenwärtig nicht möglich ist, ein endgültiges Urteil über den Charakter der Gesellschafts- und Staatsordnung des heutigen Chinas zu fällen. Das Land befindet sich im Zustand einer akuten Krise; es bestehen Widersprüche zwischen den Maoisten selbst, der Kampf zwischen

ihnen und verschiedenen oppositionellen Kräften, darunter auch den internationalistischen Kernen der Kommunistischen Partei Chinas, ist bei weitem nicht beendet; die überraschendsten Wendungen und Katastrophen sind in Zukunft möglich.

Ungeachtet dessen können und müssen heute einige vorläufige Einschätzungen gegeben werden. Eine Analyse der sozialpolitischen Prozesse in China zeigt, daß das zweifellos keine kapitalistische Gesellschaft ist. Zugleich kann sie jetzt aber auch nicht als Gesellschaft charakterisiert werden, die sich konsequent auf dem sozialistischen Weg entwickelt.

Die erhalten gebliebenen sozialistischen Elemente in der Wirtschaft und in der sozialen Struktur der VRCh werden neutralisiert und infolge des Charakters der Macht im Grunde genommen zunichte gemacht. Diese Macht - und das kann mit aller Bestimmtheit gesagt werden - erfüllt nicht die Aufgaben der Diktatur des Proletariats in der marxistisch-leninistischen Auffassung oder zumindest der revolutionären Diktatur der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, sondern stellt eine militärisch-bürokratische Diktatur dar, die sich unter Ausnutzung von Methoden der sozialen Demagogie auf die Gewalt stützt, zwischen den Klassen manövriert und um ihrer eigennützigen Ziele willen die Stimmungen der rückständigsten gesellschaftlichen Schichten (des Lumpenproletariats, der deklassierten Elemente u. dgl.) ausnutzt.

Als W. I. Lenin über die Methode des sozialen Manövrierens sprach, betonte er, daß derartige Methoden historisch unvermeidlich sind, "wenn eine feste, stabile, erprobte einheitliche soziale Stütze fehlt, wenn man zwischen ungleichartigen Elementen lavieren muß. Sind die demokratischen Klassen ohnmächtig oder durch zeitweilige Ursachen besonders geschwächt, so können solche Methoden einige Jahre lang von 'Erfolgen' begleitet sein" (Werke, Bd. 18, S. 487).

Die Erfahrungen Chinas haben gezeigt, daß ein Regime, das zwischen den sozialen Gruppen laviert, in der Lage ist, eine Zeitlang in der Praxis die reaktionären Ideen des Kleinbürgerlichen

"Sozialismus" bzw. des "Kessernenkommunismus" zu verwirklichen⁴⁾.

Eine solche gesellschaftliche Ordnung kann nicht stabil sein, sie ist früher oder später unvermeidlich zum Zerfall verurteilt. Das ist eine Sackgasse in der gesellschaftlichen Entwicklung, die letzten Endes den utopischen Charakter der ihr zugrunde gelegten Ideen offenbart. Eine solche Gesellschaft, die eine Serie politischer Krisen und sozialer Erschütterungen durchmacht, muß sich entweder zum Sozialismus oder zum Kapitalismus bewegen.

Trotz seines zeitweiligen Charakters, trotz seiner Brüchigkeit und Labilität hat das Mao-Tse-tung-Regime sein reaktionäres Wesen in seiner ganzen Neoktheit bloßgelegt; es ist in allen Punkten eine Parodie auf den echten, den wissenschaftlichen Sozialismus.

Will man kurz die Hauptmerkmale der Gesellschaft charakterisieren, die sich in der gegenwärtigen Etappe in China herausbildet, dann gehören dazu:

In der Wirtschaft - die Militarisierung der gesamten Volkswirtschaft und ihre Unterordnung unter die Interessen der Militärbürokratie; die Organisation der Arbeit nach dem Muster der Armee; die Wiedergeburt des autarken asiatischen Gemeinwesens auf dem Lande; die Konservierung des niedrigen Konsumniveaus

⁴⁾ In dem gemeinsamen Material "Über die Ereignisse in China" (1967) wurde dazu bemerkt: "Vor unseren Augen wurde die Variante des 'Kessernenkommunismus' bis zum äußersten Grad der Entartung geführt. Das ist eine Karikatur des marxistisch-leninistischen Ideals des Sozialismus und Kommunismus, das einen machtvollen Aufschwung der Produktivkräfte der Gesellschaft im Interesse einer maximalen Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Menschen, konsequenter Demokratismus, ein Anwachsen der schöpferischen Aktivität der Werktätigen und die Schaffung der Bedingungen für die allseitige freie Entwicklung der Persönlichkeit jedes Einzelnen voraussetzt."

("Die Nahrung, die für drei Menschen berechnet ist, muß von fünf verzehrt werden" +).

In sozialer Hinsicht - das Abbremsen des Wachstums der Arbeiterklasse, die Konservierung der unentwickelten Klassenstruktur, die künstliche Nivellierung der sozialen Schichten; die Gegenüberstellung von Stadt und Land; die Beibehaltung einer eng begrenzten Gruppe der wissenschaftlich-technischen Elite, die im Dienste der militaristischen Zielsetzungen steht, und gleichzeitig der Feldzug gegen die Intelligenz; die Hoffnung darauf, die Gesellschaft in eine anonyme, gleichförmige Masse umzuwandeln, welche aus "nicht rostenden Schraubchen", "Räffeln" und "Soldaten" des allmächtigen Herrschers besteht.

In der Politik - die militärisch-bürokratische Diktatur, die sich auf die Armee und auf Methoden der sozialen Demagogie stützt; die völlige Ausschaltung der Werktätigen von der Teilnahme an der Leitung des Staates; die Mißachtung jedweder Gesetzlichkeit; die ihrem Typus nach feudale hierarchische Organisation der Macht, an deren Spitze ein Führer steht, der keinerlei Kontrolle unterworfen ist und einer Gottheit gleichgesetzt wird.

In der ideologischen Sphäre - die gewaltsame Einbürgerung des Maoismus als einzige Ideologie, gewissermaßen als Religion; die Zerstörung der traditionellen Werte der Volkskultur, die bewußte Konservierung der kulturellen Rückständigkeit; die Isolierung der Gesellschaft von der Weltzivilisation.

+) Die Maoisten machen sich eifrig die Tatsache zunutze, daß der Lebensstandard, der in den ersten zehn Jahren des sozialistischen Aufbaus in der VRCh erreicht wurde, trotz wesentlichen Absinken in den nachfolgenden Jahren immer noch über dem Blendeniveau von 1949 liegt. Deshalb wird es dem maoistischen Regime noch eine Zeitlang möglich sein, die Geduld der Hauptmasse der Bevölkerung seinen Zielen dienstbar zu machen. Die Kampagne "Erinnerungen an die bittere Vergangenheit", die ständig von den Maoisten geführt wird, nennt die Befreiung der Massen des chinesischen Volkes aus dem Fängen des kleinbürgerlichen gleichmüßigen Asketismus, über den schon Friedrich Engels schrieb, "daß dieser plebejische und proletarische Asketismus in demselben Maße seinen revolutionären Charakter verliert, in welchem einerseits die Entwicklung der modernen Produktivkräfte des Material des Genießens ins Unendliche vermehrt und damit die spartanische Gleichheit überflüssig macht und andererseits die Lebensstellung des Proletariats und damit das Proletariat selbst immer revolutionärer wird" (Marx Engels Werke, Bd. 7, S. 369). Dieser Asketismus kehrt sich, wie Engels sagte, in sein Gegenteil um und wird zur bürgerlichen und kleinbürgerlichen Verhaltensweise.

Will man die kürzeste Charakteristik der heutigen Tragödie
Chinas geben, dann sollte man die folgenden Worte von Karl Marx
anführen: "Ein ganzes Volk, das sich durch eine Revolution, eine
beschleunigte Bewegungskraft gegeben zu heben glaubt, findet sich
plötzlich in eine verstorbene Epoche zurückversetzt..." (Marx
Engels Werke, Bd. 8, S. 117).

III.

China im internationalen Geschehen

Der IX. Parteitag der KPCh markierte eine neue Etappe in der Evolution^{+) der ideologischen und politischen Richtlinien des Maoismus nicht nur auf dem Gebiet der inneren Probleme der VR China, sondern auch in der Sphäre der internationalen Beziehungen.}

Die Außenpolitik der Führung der KPCh ist den Aufgaben der Festigung der militärisch-bürokratischen Diktatur im Inneren des Landes untergeordnet. Sie ist dazu bestimmt, insbesondere die Schaffung einer Atmosphäre der Kriegsgefahr zu fördern, die China angeblich von allen Seiten droht. Unter den Bedingungen der Isolierung der chinesischen Gesellschaft und eines scharfen Kampfes zwischen ihren einzelnen Schichten versucht die herrschende Gruppierung mit Hilfe einer entsprechenden Interpretation der internationalen Stellung Chinas und seiner abenteuerlichen außenpolitischen Aktionen, sich als der Vertreter auszugeben, der die gesamt-nationalen Interessen zum Ausdruck bringt, unter Ausnutzung der traditionellen Großmachtvorstellungen über die besondere Stellung Chinas als Weltzentrum eine Vereinigung des Volkes auf nationalistischer Grundlage zu erreichen. Das gibt den Maoisten die Möglichkeit, ihre politischen Gegner als "Feinde der Nation" zu unterdrücken.

Gleichzeitig wird der Außenpolitik eine Reihe selbständiger Aufgaben gestellt, deren Lösung in der Perspektive die Realisierung der Großmachtvorhaben und hegemonistischen Bestrebungen gewährleisten soll.

+) Wenn von der Evolution die Rede ist, meinen wir die Änderung der offiziell verkündeten Ziele und Methoden der Außenpolitik der VR China, die im Ergebnis des komplizierten politischen Kampfes erfolgte. Was die Anschauungen von Mao Tse-tung selbst betrifft, so zeichneten sie sich von Anfang an durch chauvinistische Tendenzen aus. Diese Seite der Sache wurde eingehend im gemeinsamen Material "Über die Ereignisse in China" (Moskau, 1967) analysiert.

Die Verbindung der Innen- und Außenpolitik der Mao-Tse-tung-Gruppe läßt sich auch in den Methoden und Mitteln deutlich feststellen. Auf internationalem Gebiet nutzt sie die gleichen Methoden des Lavierens, diesmal zwischen den Staaten und politischen Kräften, setzt sie ihre Hoffnung auf ihre Isolierung und darauf, sie gegeneinander zu hetzen, greift sie zur raffinierten Demagogie, die die wahren Ziele verschleiert.

Die Evolution der maoistischen außenpolitischen Doktrin

Im Verlaufe von über zehn Jahren hat die Pekinger Führung, wie bekannt, Schritt für Schritt die prinzipielle Linie der kommunistischen Bewegung revidiert, ihr ihren eigenen Kurs zu allen Grundfragen der Entwicklung in der Welt entgegengestellt. Von der Polemik mit den kommunistischen Parteien sind die chinesischen Führer zur Spaltungs- und Wählerarbeit, zu aktiven Versuchen, die revolutionären Kräfte der Gegenwart einander entgegenzustellen, übergegangen, vom Abbau der Beziehungen mit den sozialistischen Ländern zu feindlichen Handlungen gegen sie, von der Kritik an der friedlichen Koexistenz zur Provozierung bewaffneter Konflikte, zur Politik, die die Sache des Friedens unterwühlt.

Über den Charakter der Evolution des maoistischen Kurses kann man anhand einfacher Gegenüberstellungen urteilen - welcher Standpunkt zu den Grundfragen der internationalen Politik früher verkündet wurde und welcher jetzt verkündet wird. Das zeigt sich am deutlichsten in der Auslegung der Grundwidersprüche in der Welt, die die Ausgangsbasis für die Formierung der Außenpolitik sind.

1960: "Gerade der Leninismus hat die in unserer großen Epoche existierenden Widersprüche aufgedeckt: zwischen der Arbeiterklasse und dem Monopolkapital; zwischen den imperialistischen Ländern; zwischen den Völkern der kolonialen und halbkolonialen Länder und dem Imperialismus; zwischen den sozialistischen Ländern, wo das Proletariat den Sieg errungen hat, einerseits und den imperialistischen Ländern andererseits."

(Sammelband "Es lebe der Leninismus.")

1963: "Welches sind die Grundwidersprüche der Welt von heute? Die Marxisten-Leninisten sind nach wie vor der Meinung, daß solche Widersprüche sind:

- der Widerspruch zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager;
- der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern;
- der Widerspruch zwischen den unterdrückten Nationen und dem Imperialismus;
- der Widerspruch zwischen den imperialistischen Ländern, zwischen den Monopolen."

("Vorschlag über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", 14. Juni 1963)

1969: "In der Welt von heute existieren vier große Widersprüche:

- der Widerspruch zwischen den unterdrückten Nationen einerseits und dem Imperialismus und Sozial-Imperialismus andererseits;
- der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern;
- der Widerspruch zwischen den imperialistischen Ländern und dem sozial-imperialistischen Land, zwischen den imperialistischen Ländern selbst;
- der Widerspruch zwischen den sozialistischen Ländern einerseits und dem Imperialismus und Sozial-Imperialismus andererseits.

Die Existenz und die Entwicklung dieser Widersprüche werden unvermeidlich eine Revolution hervorrufen."

(Aus dem Referat von Lin Biao auf dem IX. Parteitag der KPCh. Die Unterstreichungen sind von uns.)

Es lohnt sich zu kommentieren, welcher Sinn in diese Formulierungen hineingelegt wird.

Erstens wird versucht, die UdSSR aus dem Bereich der Klassenwidersprüche mit dem Imperialismus auszuklammern, die Sowjetunion (den "Sozial-Imperialismus") nach der jetzigen chinesischen Terminologie) auf eine Stufe mit den imperialistischen Staaten zu stellen und sie auf diese Weise in Gegensatz zur dritten Welt zu bringen. Mit anderen Worten wird der sozialistische Staat, der, wie alle fortschrittlichen Kräfte anerkennen, bereits über ein halbes Jahrhundert die entscheidende Rolle im weltweiten revolutionären Prozeß spielt, zum "Feind der Befreiungsbewegung" erklärt.

Zweitens wird der unveröhnliche Antagonismus, der zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie im Kapitalismus besteht, auch auf die sozialistischen Länder (nach der chinesischen Terminologie "revisionistischen") ausgedehnt. Vergleicht man diese These mit dem Schlußsatz darüber, daß "die Entwicklung dieser Widersprüche unvermeidlich eine Revolution hervorrufen wird", dann kommt man unschwer zu dem Schluß, daß die Maoisten auf konterrevolutionäre Prozesse in den Ländern des sozialistischen Welt-systems hoffen und anstrengungen unternehmen, um solche Prozesse zu fördern.

Drittens: Die Maoisten wiederholen die richtige marxistische These über die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern, wobei sie die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern und der Sowjetunion auf eine Stufe mit ihnen stellen. Mit anderen Worten wird der Klassengrundwiderspruch zwischen den entgegengesetzten sozialen Systemen auf des Niveau zwischenstaatlicher Streitigkeiten herabgesetzt.

Um den Sinn der vierten Formulierung zu verstehen, muß man wissen, daß die chinesische Führung schon vor langer Zeit die Losung des "Kampfes gegen den modernen Revisionismus" aufgestellt hat, "dessen Zentrum der sowjetische Revisionismus ist", und zu den sozialistischen Ländern nur China und Albanien^{+) zählt. Daher wird unwunden vom Widerspruch zwischen diesen beiden Staaten einerseits und der Sowjetunion und den anderen Ländern des sozialistischen Welt-systems andererseits gesprochen.}

So hat sich die maoistische Doktrin der Außenpolitik von der ehemaligen Tarnung befreit, ist vom Klassenstandpunkt in den internationalen Beziehungen abgegangen.

Die Taktik ist neu - die Ziele sind die gleichen geblieben

Der Verzicht auf eine klassenmäßige Außenpolitik fand seinen vollendeten Ausdruck in der Regierung der Tatsache der Existenz der sozialistischen Gemeinschaft und in der Verkündung des Kampfes gegen diese Gemeinschaft als eine der Hauptaufgaben des chine-

^{+) Siehe z. B. den redaktionellen Artikel "Jennin jipso", "Hongqi" und "Djiefangdjnen Rse" vom 1. 1. 1970}

sischen Staates. Im Referat Lin Biao wurde der entsprechende Begriff in Anführungszeichen gesetzt und erklärt, daß es hier keinen Unterschied zur "neuen Ordnung in Europa" von Hitler, zur "Spähre der allgemeinen Prosperität im großen Ostasien" des japanischen Imperialismus und zur amerikanischen "Gemeinschaft der freien Welt" gibt.

Zugleich sind aber in der Politik der chinesischen Führung gegenüber den sozialistischen Ländern nach dem IX. Parteitag der KPCh neue Momente zu verzeichnen, die die Illusionen hervorbringen konnten, daß man in Peking beabsichtige, ein gemäßigteres Verhalten zu zeigen.

Es schien, daß die Taten der Schöpfer der chinesischen Außenpolitik nicht so hart und unerbittlich seien wie ihre Worte. Die chinesische Propaganda hat zeitweilig die offenen Angriffe auf die Führungen der marxistisch-leninistischen Parteien einiger sozialistischer Länder eingestellt. Die VR China zeigte ein bestimmtes Interesse an der Normalisierung zwischenstaatlicher Beziehungen, indem sie ihre Bereitschaft bekundete, Botschafter in einige sozialistische Länder zu entsenden, den Mitarbeiterstab der Botschaften zu erweitern, die Fragen des Korrespondentenaustausches, der Wiederherstellung wissenschaftlich-technischer und kultureller Beziehungen und der Erweiterung des Handels positiv zu entscheiden.

Alle diese Tatsachen zeugen von der Absicht der chinesischen Führung, nach fast vierjähriger Unterbrechung, die mit der "Kulturrevolution" zusammenhängt, in bestimmtem Maße die Beziehungen der VRCh mit den sozialistischen Staaten zu normalisieren. Es besteht jedoch kein Anlaß für die Annahme, daß sich die strategischen Zielsetzungen Pekings verändern, hier geht es bestenfalls um elastischere Methoden zur Erlangung der alten Ziele: auch jetzt läßt man sich davon leiten, die sozialistischen Länder und vor allem ihr Bündnis mit der UdSSR zu untergraben, sie einander entgegenszustellen. Das entspricht der traditionellen chinesischen Militärdoktrin, "den Feind spalten, um ihn dann einzeln zu schlagen".

Die Führung Chinas ist nur dann zur Entwicklung sachlicher Beziehungen bereit, wenn sie diesem Ziel entspricht.

Seit 1967 hält sich Peking offensichtlich von einer Kritik der jugoslawischen Führung zurück, die von Peking noch vor kurzer Zeit als "Hauptrevisionisten und Agenten des Imperialismus" beschimpft wurden, hat in Fragen der Entwicklung des chinesisch-jugoslawischen Handels eine wohlwollende Haltung eingenommen, hat den Austausch von Botschaftern vorgeschlagen usw.

Die Führer der VR China heben Rumänien betont hervor, faktisch ist die RKP die einzige Partei in den europäischen sozialistischen Ländern, außer Albanien, mit der sie auf Partisebene Beziehungen unterhalten. Dahinter steht offenbar die Hoffnung, die besondere Haltung Rumäniens in einigen außenpolitischen Fragen ausnutzen zu können.

Die Gruppe um Mao Tse-tung nutzt alle ihr zugänglichen Mittel des wirtschaftlichen und politischen Drucks aus, um ihren Einfluß auf einzelne sozialistische Länder zu erhalten oder zu verstärken.

Sobald die DRV entgegen dem chinesischen Druck zu Verhandlungen in Paris bereit war, folgte unmittelbar eine "Sanktion" - Reduzierung der chinesischen Hilfe und Nachlassen der politischen Unterstützung. Merklich verschlechtert hat sich die Einstellung zu Kuba, nachdem die kubanische Führung eindeutig zu verstehen gab, daß sie dem antisowjetischen Kurs Peking nicht folgen wird.

Der splinterische, interviniierende Kurs der Maoisten erschwert den gemeinsamen Kampf der Länder des Warschauer Vertrages gegen die Expansionspolitik des westdeutschen Imperialismus und spielt den reaktionären Kräften in die Hände, die sich der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR widersetzen.

Der augenscheinlichste Beweis für die Beibehaltung der alten Ziele der chinesischen Außenpolitik ist jedoch die Fortsetzung der Wühltätigkeit gegen die sozialistischen Länder.

Während des gesamten Verlaufs der Ereignisse in der CSSR spielte die chinesische Propaganda eine eindeutige aufwieglende Rolle und hat sich faktisch in ihren Angriffen auf die sozialistische Ordnung in der Tschechoslowakei mit den Antikommunisten zusammengeschlossen. Die chinesischen Führer unternehmen alles, um den Prozeß der politischen Stabilisierung in der Tschechoslowakei zu behindern, die Konsolidierung der Partei zum Scheitern

zu bringen und spielen in diesem Sinne eine nicht minder gefährliche Rolle wie die Imperialisten.

In Pekingern Geschäften werden ungehindert Verlagserzeugnisse prochinesischer Gruppierungen verkauft, die verleumderische Materialien gegen die Führungen sogen jener Parteien enthalten, gegenüber welchen sich die offizielle Presse direkter Angriffe enthält.

Nach dem IX. Parteitag der KPCh wurde eine neue Formel für die Beziehungen mit den sozialistischen Ländern aufgestellt. In der Erklärung der Regierung der VR China vom 7. Oktober 1965 heißt es, daß zwischen China und der UdSSR "unversöhnliche prinzipielle Meinungsverschiedenheiten bestehen und der prinzipielle Kampf zwischen ihnen während einer langen Zeitspanne fortzuauern wird. Das darf aber die Unterhaltung normaler staatlicher Beziehungen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz nicht behindern". Später, in Gesprächen mit Vertretern einer Reihe sozialistischer Länder, wurde zu verstehen gegeben, daß sich diese Formel auch auf sie erstreckt.

Notürlich muß man unter den heutigen Bedingungen des erbitterten Kampfes Chinas gegen die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft die Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz der Staaten durch die Führung der VR China positiv bewerten. Man darf aber nicht vergessen, daß diese Formel vollständig für Beziehungen zwischen Staaten mit entgegengesetzten politisch-sozialen Systemen geeignet ist: prinzipieller (wobei "langwieriger") Kampf neben der friedlichen Koexistenz. Dabei wird auch die friedliche Koexistenz als ein Prinzip interpretiert, das Peking das "Recht" vorbehält, eine unmittelbare Wühlstätigkeit zu betreiben, die auf den Sturz der sozialistischen Ordnung gerichtet ist.

Eine extreme Erscheinungsform der Abkehr von den Positionen des proletarischen Internationalismus waren die bewaffneten Provokationen der chinesischen Behörden gegen die Sowjetunion im Jahre 1969.

Im Ergebnis des Treffens zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und dem Premier des Staatsrates der VR China, das auf Initiative der Sowjetunion am 11. September 1969 statt-

land, erklärten sich die Führer Chinas zu Verhandlungen über Grenzfragen bereit. Sie gingen darauf unter dem Druck mehrerer Umstände ein, vor allem angesichts der entschlossenen Abwehr, auf die die Provokationen der chinesischen Behörden an der sowjetischen Grenze stießen sowie der konsequenten und prinzipiellen Politik des ZK der KPdSU in den Beziehungen zu China. Zweitens hat auch die Haltung der Bruderparteien eine außerordentlich wichtige Rolle gespielt, die auf der internationalen Beratung 1969 die Linie der chinesischen Führung einer harten Kritik unterwerfen, und auch die Situation der außenpolitischen Isolierung, in der sich die VR China infolge der "Kulturrevolution" befindet.

Zugleich setzt die Propagandemaschinerie Chinas die ziellose antisowjetische Kampagne fort, deren Hauptkern in dem Aufruf besteht, sich auf einen Krieg mit der Sowjetunion vorzubereiten. Indem die Maoisten mit verleumdenden Behauptungen auftraten, wie die "UdSSR ist in einen bürgerlichen Staat entartet", versuchten sie, eine Art von ideologischen Brückenköpfen für ein Komplott mit dem Imperialismus im Kampf gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Länder zu schaffen.

Das zwingt die UdSSR, Maßnahmen zu ergreifen, um nicht überrollt zu werden.

Die Politik der KPdSU gegenüber China beruht auf der Grundlage einer langfristigen Perspektive unter Berücksichtigung dessen, daß die Grundinteressen des sowjetischen und des chinesischen Volkes übereinstimmen. Die KPdSU, die konsequent und prinzipiell gegen das antileninistische Wesen der politischen und ideologischen Zielsetzungen der chinesischen Führer auftritt, einen konsequenten und entschiedenen Schutz der Interessen des Sowjetvolkes und der Sicherheit der UdSSR gegen jeden Angriff gewährleistet, läßt sich dabei von den allgemeinen Interessen der Sache des Sozialismus leiten.

Indem die Pekinger Führung die Feindschaft gegen die sozialistischen Länder verstärkt, tritt sie heute in den Hauptrichtungen der Weltpolitik objektiv als eine Kraft auf, die die Festigung der Positionen des Imperialismus im Kampf der beiden Systeme fördert.

China - eine antiimperialistische Kraft?

Die Frage des antiimperialistischen Inhalts der chinesischen Außenpolitik verdient besondere Aufmerksamkeit, und das um so mehr, als es in der chinesischen Propaganda keinen Mangel an "antiimperialistischen" Lesungen gibt. Viele Vertreter der revolutionären und Befreiungsbewegung, darunter auch in einigen kommunistischen Parteien, erkennen an, daß China keine Leninsche Außenpolitik befolgt und verurteilen China für den Antisowjetismus, aber gehen noch wie vor davon aus, daß die VR China eine antiimperialistische Kraft bleibt, die in Übereinstimmung mit den idealen, prinzipiellen Absichten handelt.

Tatsächlich trat China mehrere Jahre nach dem Sieg der Revolution 1949 als wichtiger Faktor im antiimperialistischen Kampf auf. Einige Elemente der antiimperialistischen Ausrichtung blieben in der Politik Chinas auch heute erhalten. In den Dekanaten des IX. Parteitages der KPCh wird eine Charakteristik des amerikanischen Imperialismus als eines der Hauptfeinde der VRCh gegeben und die Entschlossenheit verkündet, den Kampf gegen ihn zu führen.

Es geht jedoch darum, daß diese Elemente nicht von der revolutionären Überzeugung und nicht von dem Bestreben bestimmt werden, sich mit anderen antiimperialistischen Kräften zu solidarisieren, sondern von konkreten, nationalistisch interpretierten Staatsinteressen Chinas oder von expansionistischen Überlegungen. Die chinesische Führung tritt nur dann von antiimperialistischen Positionen auf, wenn es für sie vorteilhaft ist.

Als anschauliche Bestätigung dafür dient die Tatsache, daß als Feind der VR China nicht der Imperialismus allgemein bezeichnet wird, sondern hauptsächlich der amerikanische Imperialismus. Die Erklärung dafür ist einfach: die konkreten nationalen Interessen stoßen eben gerade auf die USA, die nach wie vor Tschiang Kai-schek auf Taiwan unterstützen, die hegemonistischen Bestrebungen der chinesischen Führung in Südostasien werden ebenfalls durch die militärische und politische Präsenz der USA in diesem Gebiet behindert. Manchmal schimpft die chinesische Propaganda auf den japanischen Imperialismus, aber nur deshalb, weil Japan versucht, seine Positionen in Südostasien zu stärken.

Und anderen imperialistischen Staaten gegenüber verhält sie sich äußerst rücksichtig.

Tatsachen zeigen, daß der antiimperialistische Eifer der Maoisten stark abklingt, sobald sich in der Perspektive der Abschluß verteilhafter Geschäfte mit Washington bemerkbar macht. In den USA erklärt man offen, daß eines der Hauptziele der "Great-Doktrin" Nixons, die die Einschränkung der militärischen Präsenz der USA in Asien deklariert, darin besteht, Voraussetzungen für "ernsthaftes und allseitige" Verhandlungen mit der VR China über die Aufteilung der Einflusssphären zu schaffen.

Der maoistische Kurs steht im krassen Widerspruch zu den Forderungen der antiimperialistischen Plattform, die auf der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien im Juni 1969 formuliert wurde. Die Führer der VR China formen sich mit antiimperialistischer Rhétorique, in der Tat aber

- wirken sie dem Zusammenschluß aller Kämpfer gegen den Imperialismus zu einer einheitlichen Front entgegen, verfolgen eine Politik ihrer Spaltung und Zersplitterung;
- lehnen sie die Koordinierung der Bemühungen ab, die darauf gerichtet sind, dem heroischen Kampf des vietnamesischen Volkes effektivste Unterstützung zu geben;
- behindern sie einheitliche Aktionen im Kampf gegen die Kriegsgefahr, für die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen;
- treten sie gegen alle Maßnahmen auf, die bestimmt sind, die Weiterverbreitung von Kernwaffen zu verhindern, und unterstützen faktisch diejenigen, die die Lösung ungelöster internationaler Probleme vereiteln wollen;
- lehnen sie das Prinzip der Unantastbarkeit der bestehenden Staatsgrenzen ab;
- schwächen sie die Solidarität mit Völkern und Ländern, die ständige Objekte aggressiver Anschläge des Imperialismus sind (DDR, Kuba, arabische Länder u. a.);
- hemmen sie mit ihrer Spaltpolitik den Kampf gegen Kolonialismus und Neokolonialismus;
- stellen sie die Völker der dritten Welt nicht nur den Völkern des kapitalistischen Systems, sondern auch des sozialistischen Weltsystems entgegen und behindern damit den Kampf gegen Revisionismus.

erschweren sie, indem sie in China eine militärisch-bürokratische Ordnung durchsetzen und die Verteidigung der Demokratie als Revisionismus bezeichnen, den Kampf gegen die Gefahr des Faschismus, gegen Diktatorenregime.

Die Haltung Chinas zu solchen brennenden Fragen wie die Festigung der europäischen Sicherheit kommt im Grunde genommen der Politik reaktionärer revanchistischer Kreise näher als der Linie des Weltsozialismus und den Forderungen anderer demokratischer Kräfte. Indem die Peking-er Führung eigene territoriale Ansprüche stellt und offen die expansionistischen Absichten anderer Staaten unterstützt, leistet sie faktisch denjenigen Schützenhilfe, die sich für eine Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges in Europa und in anderen Gebieten der Welt einsetzen.

In den letzten Jahren gab es keinen einzigen Fall, in dem die VR China in gespannter internationaler Situation zusammen mit der sozialistischen Gemeinschaft, mit den antiimperialistischen Kräften aufgetreten wäre. Zwar sparte die Peking-er Propaganda in solchen Situationen nicht mit kriegerischen Erklärungen an die Adresse des Imperialismus, es wurden Westendemonstrationen organisiert usw. Jedoch zieht China es vor, als politische und militärische Kraft abseits zu bleiben. So war es in der Zeit der Karibischen Krise. So ist es im Grunde genommen auch bei der Krise im Nahen Osten; indem die Führer der VR China ihre Unterstützung für die arabischen Völker bekunden, richten sie ihre Hauptanstrengungen darauf, die Länder des arabischen Ostens mit der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern zu entzweien. Damit nicht genug, wendet die chinesische Führung Anstrengungen zur Verstärkung ihres Einflusses in diesem Gebiet auf, wobei sie danach trachtet, es in eine ständige Quelle von Spannungen und in einen potentiellen Herd neuer militärischer Konflikte zu verwandeln.

Auch die Tatsache kann nicht unbemerkt bleiben, daß zwei Hauptstädte, die doch anscheinend auf zwei verschiedenen Polen stehen, nämlich Washington und Peking, eine gleichermaßen ablehnende Position zu den konstruktiven Initiativen der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam bezogen haben, die ihre Bereitschaft zu Verhandlungen erklärt hat mit dem Ziel, zu einer politischen

Regelung der Vietnam-Frage kommen. Die Maoisten, die eine Fortdauer des bewaffneten Konflikts in Südostasien anstreben, sind zugleich auch nicht abgeneigt, die Vietnam-Frage als Wechsellager in ihren Beziehungen zu den USA zu benutzen.

Selbst wenn bestimmte Widersprüche zwischen China und den imperialistischen Mächten bestehen, läßt die internationale Politik der Führung Chinas immer mehr ihren ant imperialistischen Charakter ein.

Die Aktivierung der Beziehungen zu den imperialistischen Staaten

Nach dem IX. Parteitag der KPCh macht die chinesische Führung einige Gesten, die von ihrem Bestreben zeugt, aus der Isolation herauszukommen und die diplomatische Tätigkeit zu aktivieren. Die Verhandlungen mit Washington in Warschau wurden wieder aufgenommen. Es laufen Verhandlungen über die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Kanada, Italien und Belgien. In 18 Ländern wurden chinesische Botschafter entsandt, die in Zusammenhang mit der "Kulturrevolution" abberufen worden waren. Einige ausländische Vertreter in Peking (unter ihnen auch solche, die der Spionage beschuldigt worden waren) wurden aus der Haft entlassen; die großen Ausfälle gegen ausländische Diplomaten wurden eingestellt.

China führt die Umorientierung seiner Wirtschaftsbeziehungen zur kapitalistischen Welt weiter. Der Handel mit Japan erreichte 1969 eine Rekordhöhe; zugenommen hat der Warenaustausch mit der westdeutschen Bundesrepublik, Großbritannien und einigen anderen kapitalistischen Ländern. Im Warenaustausch der VRCh insgesamt beträgt der Anteil der kapitalistischen Länder nahezu 90 Prozent.

Auffällig ist die Tatsache, daß die herrschenden Kreise der USA und anderer imperialistischer Mächte ihre Politik gegenüber China eifertig einer Revision unterziehen, in dem Bestreben, die sowjetisch-chinesischen Meinungsverschiedenheiten noch mehr zuzuspitzen und sie ihren Zwecken dienlicher zu machen. Um Peking zu heffern, feste das Weiße Haus den Beschluß über die Lockerung des Embargos im Handel mit China, gab Befehl, die Patrouillenfahrten der 7. USA-Flotte in der Straße von Taiwan einzustellen, und überprüft seine Haltung in der Frage der Waffenlieferungen für die Tschiang-Kai-schek-Clique. Auf Initiative des State Departments wurden die Anfang 1968 unterbrochenen amerikanisch-chinesischen Kontakte wieder aufgenommen. Durch derartige Maßnahmen geben die herrschenden USA-Kreise der chinesischen Führung

zu verstehen, daß sie, wenn sie ihre antiscowjetische Aktivität entfaltet, sich keine Sorgen über die Haltung der USA zu machen braucht. In der Botschaft an den Kongreß "Zur Lage des Landes" vom 22. Januar d. J. erklärte Nixon, die USA hätten die Verhandlungen mit der VRCh in Peking wieder aufgenommen, "um ein dauerhaftes Fundament für die friedliche Regelung der ... Meinungsverschiedenheiten zu legen".

Die amerikanischen herrschenden Kreise schätzen die antiimperialistische Phrasologie der chinesischen Führung nichtern ein. Wie T. Sorrensen es ausdrückte, sind "die Äußerungen Peking's viel feindseliger als die Worte Moskaus, aber die Taten Moskaus sind gefährlicher als die Taten Peking's". In den Vereinigten Staaten setzt man sich immer häufiger für einen "langfristigen Kurs auf eine allmähliche Verbesserung der Beziehungen" mit China ein. Der ehemalige Vizepräsident der USA, Humphrey, erklärte: "Die Bedrohung Chinas (durch die Vereinigten Staaten) ist geringer geworden, als sie vor fünf Jahren war... Für die USA ist die Zeit gekommen, um die staatlichen Beziehungen mit China zu normalisieren. Jetzt ist die Zeit des Brückenschlagens zwischen den Ländern gekommen."

Es fällt auf, daß, während die VRCh eine immer militanterere Politik betreibt (insbesondere gegenüber der UdSSR), in den USA ein völlig entgegengesetztes "Bild Chinas" gezeichnet wird. Wurde die VRCh noch vor kurzem als der "aggressivste und militärteste aller kommunistischen Staaten" bezeichnet, wird es jetzt von den Fachleuten und der Presse - und folglich von der öffentlichen Meinung - als ein "schwaches Land" dargestellt, das angeblich nur um seine Verteidigung besorgt ist. Es liegt also auf der Hand, daß die psychologischen Voraussetzungen für eine künftige politische Annäherung geschaffen werden.

Die prochinesische Gruppierung im herrschenden Lager Japans (Natsurae, Utsunomiya, Nakasone u. a.) setzt sich ebenfalls für die Anerkennung Chinas und für die Entwicklung umfassender Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit ihm ein; sie unterstützt die chinesischen Gebietsansprüche an die Sowjetunion. Ungeachtet der von Zeit zu Zeit in der chinesischen Presse erscheinenden Angriffe gegen die Außenpolitik Japans erklärte Ministerpräsident

Sato vor kurzem seine Bereitschaft, sich die Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern angelegen sein zu lassen.

Der westdeutsche Imperialismus legt Nixon, dem Kaiser der VRCh gegen die sozialistische Staatengemeinschaft auszunutzen, um den "Ansturm" gegen die Welt des Sozialismus zu verstärken, und verknüpft damit zusätzliche Hoffnungen auf eine Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, auf eine Revision der Grenzen in Europa. Kennzeichnend ist, daß in den Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik mit China (gegenwärtig steht Westdeutschland an zweiter Stelle im Waren Austausch mit der VR China), die Zusammenarbeit auf jenen Gebieten einen großen Anteil ausmacht, die für die Katalokung des militärtechnischen Potentials Chinas von Bedeutung sind.

Die Tatsache, die von einer gewissen Aktivierung der internationalen Beziehungen der VRCh zeugen, könnte man unter gewöhnlichen Bedingungen nur begrüßen. Bekanntlich setzen sich die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft schon viele Jahre lang konsequent dafür ein, daß China im System der internationalen Beziehungen den ihm gebührenden Platz einnimmt, daß seine Rechte in der UNO wiederhergestellt werden und sich seine Kontakte mit allen Staaten erweitern. Aber es fällt auf, daß die Normalisierung der Beziehungen Chinas zu den kapitalistischen Staaten von einer Verstärkung des Kampfes gegen die sozialistische Staatengemeinschaft begleitet wird. Fast jeden ihrer diplomatischen Schritte versuchen die Pekingler Führer auszunutzen, um den Einfluß der Länder des Sozialismus zu verringern.

Indem die chinesische Führung es auf ein Zusammenspiel mit Washington anlegt, hilft sie praktisch Nixon in der von ihm verkündeten Politik der "Verhandlungen mit der UdSSR von der Position der Stärke" und fördert mit ihrer Verzögerung der Zusammenarbeit mit der sozialistischen Gemeinschaft die Schaffung solcher Positionen. Im Grunde genommen erhalten die USA die Möglichkeit, die Politik Chinas als Druckfaktor gegen die sozialistische Gemeinschaft bei der Lösung solcher wichtigen internationalen Probleme zu benutzen wie die Einschränkung der Kernwaffenrüstung, die politische Regelung der Kambodscha-Krise u. a.

Mit der Präzisierung ihrer "China-Politik" versuchen die USA offenkundig, einen antisowjetischen Kordon im Osten zu schaffen, die Kräfte des Sozialismus in diesem strategisch wichtigen Raum zu binden, um sich dann die Hände frei zu machen für eine energische Offensive auf seine Positionen in Europa, auf Kuba und in anderen Gebieten. Die gleichen strategischen Ziele verfolgen der militärische und staatliche Apparat der NATO und anderer imperialistischer Blöcke, die herrschenden Kreise der BRD und Japans.

Die chinesische Führung kommt - nach ihren letzten Schritten (der Verstärkung der antisowjetischen, antisozialistischen Tendenzen in der Außenpolitik) zu urteilen - diesen Plänen des Imperialismus objektiv entgegen.

In der Aktivierung der Beziehungen Chinas zu den imperialistischen Mächten sehen die Maoisten ein Mittel, um ihre besonderen Ziele im internationalen Geschehen zu erreichen.

Die zweite Front

Die "Kulturrevolution" begrub die Hoffnungen der Führer der KPCh, die kommunistische Weltbewegung von innen her beherrschen und die kommunistischen Parteien des nichtsozialistischen Teils der Welt in das Fahrwasser der maoistischen Politik und Ideologie ziehen zu können⁴⁾.

Den empfindlichsten Schlag versetzte dem gesamten antikomunistischen Kurs der Mao-Tse-tung-Gruppe die Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien im Juni 1969.

+) In dem gemeinsamen Material "Die Lage in China und die Politik der Gruppe um Mao Tse-tung in der gegenwärtigen Blaupause" (Berlin, Januar 1969) wurde festgestellt: "Gegenwärtig verstärkt die Gruppe um Mao Tse-tung kraft den ideologischen, politischen und psychologischen Krieg gegen die kommunistische Weltbewegung. Die chinesischen Politiker betonen, daß es in der gegenwärtigen Epoche erforderlich sei, eine "Partei der Ideen Mao Tse-tungs" zu schaffen. Die Gruppe um Mao Tse-tung tritt als eine der kommunistischen Bewegung offen feindselige Kraft auf. Jene Gruppierungen, denen früher die Aufgabe gestellt war, die Entartung der kommunistischen Parteien in maoistische Herabzufahren, sind nunmehr zu Stützpunkten des Kampfes gegen die kommunistischen Parteien von außen, zu Sammelhacken von der kommunistischen Bewegung feindlichen Kräften geworden."

Die umfassende Arbeit zur Vorbereitung der Beratung, die interessierte und konstruktive Teilnahme Dutzender kommunistischer Parteien an der Beratung, die strikte Einhaltung der demokratischen Prinzipien der Freiwilligkeit, Selbständigkeit und kameradschaftlichen Zusammenarbeit - das alles bewies erneut sehr deutlich die Verlogenheit der Thesen der nazistischen Propaganda von der "Nichtgleichberechtigung" der einzelnen Parteien innerhalb der kommunistischen Bewegung, von "Diktat" der einen über die anderen aus.

Die Beratung demonstrierte anschaulich die führende Entwicklungstendenz der kommunistischen Bewegung - zur Festigung der Einheit und Geschlossenheit ihrer Reihen. Im Mittelpunkt der Diskussion standen aktuelle Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus. Die Beratung erarbeitete gemeinsame Standpunkte der kommunistischen Parteien zu einem umfangreichen Problembereich, einschließlich vieler Fragen, bei denen es Meinungsverschiedenheiten gegeben hatte.

Die Beratung, die eine fundierte Analyse der Weltlage gab und ein umfassendes Programm des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Phase annahm, bewies damit die völlige Haltlosigkeit der Ansprüche der Nazisten auf die Führung des revolutionären Prozesses. Keine einzige These des Nazismus fand weder in direkter noch in indirekter Form einen Platz in diesem Programm, keine einzige der 75 kommunistischen Parteien, die an der Beratung teilnahmen, trat zur Verteidigung auch nur einzelner Ideen auf, die die Führung der KPCh der kommunistischen Bewegung aufzuzwingen versucht hätte. Das war eine anschauliche Bestätigung dafür, daß der Nazismus nichts mit dem tatsächlichen Erfordernissen des revolutionären Kampfes gemein hat.

Von prinzipieller Bedeutung ist die einstimmige Annahme des Aufrufs im Zusammenhang mit dem 100. Geburtstag W. I. Lenins durch die Beratung. Mit der Annahme dieses Dokuments demonstrierten die kommunistischen und Arbeiterparteien ihre Treue zum Marxismus-Leninismus, ihre Entschlossenheit, auch künftig den Kampf unter dem Banner des wissenschaftlichen Kommunismus zu führen. Damit wurde den Versuchen, den Marxismus-Leninismus durch die

"Ideen Mao Tse-tungs" zu ersetzen, eine entschiedene Abfuhr erteilt.

Auch die Karte, die die Maoisten auf die Isolierung der KPdSU und der kommunistischen Parteien der anderen sozialistischen Staaten innerhalb der kommunistischen Bewegung setzten, wurde gestochen. Die prinzipielle, kompromisslose Kritik, die die Vertreter von mehr als 60 Parteien auf der Beratung an den antimarxistischen Konzeptionen und provokatorischen Handlungen der Maoisten übten, hat die Tatsache deutlich gemacht, daß der Weg des Antisowjetismus den Maoisten weder Lorbeeren noch neue Anhänger unter den Kommunisten einbringt. Die Internationale Beratung bestätigte erneut, daß die unerschütterliche Geschlossenheit der kommunistischen Bewegung und die enge Solidarität der Bruderparteien mit der KPdSU die wirksamsten Waffen der Kommunisten im Kampf gegen die antileninistische Ideologie und Politik der chinesischen Führung sind.

Die Atmosphäre des freien, sechlichen und kameradschaftlichen Meinungsaustauschs, die auf der Beratung herrschte, die große Publizität ihrer Arbeit unterstrichen den harten Kontrast zwischen den wahrhaft demokratischen Arbeitsmethoden der Kommunisten und dem sich hinter den Kulissen vollziehenden Abstempeln von Resolutionen, dem zügellosen Aufbauschen des Personenkults und der Unterdrückung Andersgeinnter, d. h. der gesamten Atmosphäre der Willkür und Gewalt, die auf dem IX. Parteitag der KPCh herrschten.

Indem die chinesischen Führer es ablehnten, an der Beratung teilzunehmen, haben sie erneut ihre Feindseligkeit gegenüber der Idee des Zusammenschlusses der Kommunisten und aller revolutionären Kräfte im Kampf gegen den Imperialismus offenbart. Mehr noch, die Pekinger Propaganda stürzte sich mit wütendem Geschimpfe auf die Dokumente der Beratung. Die Maoisten haben ihre eigene Einstellung zu den brennendsten Problemen des revolutionären Kampfes vollkommen preisgegeben, indem sie die Lösung der Aktionseinheit gegen den Imperialismus als "lampige Fahne" und die Idee des Bündnisses der internationalen Arbeiterklasse und der Bauernschaft als "Ladenhüter" bezeichneten.

Der IX. Parteitag der KPCh hat den auf die Schaffung einer besonderen, der kommunistischen Weltbewegung feindlich gestellten internationalen politischen Kraft gerichteten Kurs der Pekingener Führung offiziell bekräftigt. Auf dem Parteitag wurde verkündet, daß es notwendig ist, die maoistischen Kräfte in der ganzen Welt "energisch zusammenzuschließen", und eine neue internationale "proletarische Front" zu schaffen. Mit ihren Handlungen und mit den Beschlüssen des IX. Parteitages hat sich die Führung der KPCh faktisch gegen die internationale kommunistische Bewegung gestellt.

Mit der Aufstellung solcher Aufgaben nehmen die Maoisten bestimmte Korrekturen in den Methoden ihrer Tätigkeit vor. Sie sind jetzt zur Zusammenarbeit mit allen Kräften bereit, auch mit denen, die ihrer Ideologie und Politik in jeder Beziehung außer einer fremd sind, nämlich in der Feindseligkeit gegenüber dem Weltsozialismus, gegenüber den kommunistischen und Arbeiterparteien. Es wird der Versuch unternommen, auch die Strömungen zusammenzutrennen, die einen eigenartigen Opportunismus gegenüber der maoistischen Politik zeigen, die bestrebt sind, "objektivistische" Positionen im historischen Wettstreit der wissenschaftlichen Weltanschauung des Proletariats und der reaktionär-utopischen Ideologie der Kleinbourgeoisie einzunehmen.

Dementsprechend wird den prochinesischen Gruppen im Ausland die Aufgabe gestellt, mit allen Mitteln den Kampf gegen die kommunistischen Parteien zu verstärken und zu versuchen, politisch wackelige Massen der Werktätigen ihrem Einfluß zu entziehen, ein breites Bündnis mit allen linksradikalen Strömungen (darunter mit dem Neotrotzkismus) einzugehen, die gegen die Kommunisten auftreten, die Aktionen im internationalen Maßstab zu koordinieren, die organisatorischen Grundlagen zu vereinheitlichen und die Disziplin zu festigen.

Die Führung der KPCh veranstaltet eine Serie von Verhandlungen mit ihren ausländischen Anhängern, um eine internationale Konferenz der Vertreter der maoistischen Kräfte vorzubereiten. Allerdings geht sie sehr vorsichtig an diese Frage heran. Das Ziel der Konferenz soll die Ausarbeitung einer abgestimmten Aktionsplattform der Maoisten gegen die kommunistische Bewegung auf der Grund-

lage der auf dem II. Parteitag der KPCh angenommenen politischen und ideologischen Prinzipien sein, mit anderen Worten - die Schaffung eines Blocks maoistischer Gruppierungen, dem Peking bisher nicht auf die Beine stellen konnte. Die maoistischen Führer haben sich aber offensichtlich noch nicht in dem Chaos chinesischer Gruppierungen zurechtgefunden, das in der Zeit der "Kulturrevolution" entstand¹⁾. Außerdem befürchtet man in Peking offenbar, daß der große Erfolg der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau die maoistische Konferenz daran hindern wird, die ihr zugeordnete Rolle zu spielen. Damit ist zu erklären, daß der Termin der Einberufung der maoistischen Konferenz, die ursprünglich für Ende 1968 und dann für Dezember 1969 geplant war, mehrfach verschoben wurde.

Es gibt Informationen, die besagen, daß jetzt Anstrengungen unternommen werden, die Vertreter der maoistischen Gruppen im April, am Vorabend des 100. Geburtstages von W. I. Lenin, zusammenzurufen. Es ist nicht auszuschließen, daß die Maoisten, wie schon in der Vergangenheit, einen neuen ideologischen Angriff auf die kommunistische Bewegung unternehmen und versuchen werden, sich für die "wahren" Erben des Leninismus auszugeben und gleichzeitig die Bedeutung der von den kommunistischen und Arbeiterparteien anlässlich des Lenin-Jubiläums eingeleiteten Maßnahmen herabzumindern. Mao Tse-tung kann nicht abhin zu erkennen, daß er allein mit seinem Namen und seinen "Ideen" die Massen nicht erobern kann. Daraus ergibt sich auch der Versuch, sich als "Lenin von heute" auszugeben. Solche demagogischen Methoden ergeben sich aus der gesamten Strategie der chinesischen Führer in der revolutionären Bewegung: indem sie eine "Maoisierung" dieser Bewegung anstreben, versuchen sie, maximal die hohe Autorität auszunutzen, die der Marxismus-Leninismus bei den Werktätigen der ganzen Welt genießt.

Besondere Aufmerksamkeit verdient folgende Frage: mit welcher sozialen Basis rechnen die Maoisten bei der Schaffung ihrer eigenen besonderen Strömung auf internationaler Ebene, und in welchem Maße sind solche Erwägungen real?

¹⁾ In Großbritannien gibt es heute rund 20 solcher kleiner Gruppierungen, in Italien etwa ein Dutzend usw.

Die Praxis des letzten Jahrzehnts hat bewiesen, daß die Führer der KPC sich nicht auf die Arbeiterklasse oder wenigstens auf einzelne große Formationen der Arbeiterklasse orientieren können. Ihre Lösung von der einheitlichen "proletarischen Front" ist nichts als Demagogie. Die Hoffnungen der Maoisten hängen keinesfalls mit der Arbeiterklasse zusammen, sondern mit den rückständigsten Massen der Bauernschaft, mit der Kleinbürgerliche der kapitalistischen Staaten, mit den deklassierten Elementen.

Indem die Maoisten Anspruch darauf erheben, Träger der Hoffnungen der unterdrückten Völker zu sein, rechnen sie damit, auch in den linksradikalen Bewegungen der Studentenschaft, der Jugend und der Intelligenz in den entwickelten kapitalistischen Ländern einen Widerhall zu finden, die einen "Schuldkomplott" in sich tragen, wenn sie die sogenannte Konsumgesellschaft mit den Gebieten der ehemaligen Kolonialwelt vergleichen, wo das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung nur ein Zehntel und manchmal nur ein Hundertstel ihres Einkommens ausmacht, wo Hunger und Elend herrschen. Das Kleinbürgerliche Wesen dieser Schichten, ihre Unfähigkeit und ihre Unlust, einen konsequenten Kampf für den Fortschritt (darunter auch für die Beseitigung der Folgen der Kolonialherrschaft) in den Reihen der organisierten Arbeiterbewegung zu führen sowie ihre "revolutionäre Ungeduld" zum besonders geeigneten Medium für die Aufnahme einzelner maoistischer Lösungen.

Aber auch diese Bevölkerungsschichten können nicht zur einigermaßen permanenten Stütze des Maoismus werden, da er nicht ihre tatsächlichen Interessen vertritt, und die von Peking geschaffenen politischen Organisationen nicht einen realen Kampf gegen den Imperialismus führen, sondern lediglich einen dem Chinesen genehmen politischen Kurs verfolgen.

Somit gerät der Versuch, sich auf die internationale Massenbewegung zu stützen, in Widerspruch zu den Interessen jener sozialen Kräfte, die der Maoismus um sein Banner scharen möchte.

Es ist kein Zufall, daß die politischen Parteien und Gruppierungen, die sich im Fahrwasser der chinesischen Politik befinden, eine Krise durchmachen und nicht in der Lage sind, die Strömung der inneren Zwistigkeiten zu überwinden, die zu ihrer Zersplitterung und manchmal zu ihrem Zerfall führen. Die Weltöffentlichkeit überzeugt sich immer mehr davon, daß der revolutionäre Kampf

für sie nur eine Phrase ist. Die prochinesischen Gruppierungen besitzen und besitzen kein selbständiges positives Programm, das die Interessen der Massen widerspiegelt. Indem sie gehorchen den Anweisungen Pekings folgen, beschäftigen sie sich lediglich mit der Lobpreisung der "Ideen Maos", der politischen Aktionen der Führung der KPCh. +)

Die ideelle Leere der prochinesischen Gruppen und "Parteien" kommt darin zum Ausdruck, daß in ihnen in der Regel Gegner des Kommunismus verschiedenster Schattierungen vereint sind, die aus den kommunistischen Parteien wegen parteifeindlicher Tätigkeit ausgeschlossen worden sind, Renegaten, moralisch verkommenen Menschen und Opportunisten der verschiedensten Arten. Von Zeit zu Zeit gerät auch ein Teil ehrlicher, aber politisch unreifer Menschen unter den Einfluß dieser Gruppen, Menschen, die durch die extremistische Phraseologie verwirrt wurden.

Gegenwärtig setzen die machtsichen Gruppierungen ihre Tätigkeit in mehr als 40 Ländern fort (in Peking behauptet man, daß es davon ca. 80 in insgesamt 50 Ländern gibt). Ihr reales politisches Gewicht ist nicht groß.

Man darf jedoch die Gefahr der Weiterverbreitung des Maoismus nicht unterschätzen und den Kampf gegen ihn nicht einstellen. Man darf nicht vergessen, daß der Maoismus nicht nur eine ideologische Strömung ist. Er bildet die Grundlage der Politik eines der größten Staaten der Welt, der mit allen Mitteln die Tätigkeit seiner Anhänger in Ausland fördert, lenkt und finanziert. Wenn man das politische Wesen des Maoismus nicht entlarvt, dann kann auch nicht ausgeschlossen werden, daß in Augenblicken der Anspannung der politischen Lage in einzelnen Ländern (wie das im Mai 1968 in Frankreich der Fall war) die machtsichen Gruppen ihre Aktivität plötzlich stark erhöhen und die Rolle eines ernstzunehmenden negativen Faktors im revolutionären Kampf spielen könnten.

+) Die italienische Zeitung "Stampa" schrieb über eine Gruppe von Leuten, die aus dem sogenannten "Bund italienischer Kommunisten (Marxisten-Leninisten)" ausgeschieden sind. Ihrer Aussage nach "beschränkte sich die Ausbildung" der Mitglieder dieser prochinesischen Organisation "auf das Studium der Ideen Maos und jeder, der es wagte, die Werke Lenins zu lesen, ging das Risiko ein, ausgeschlossen zu werden".

Trotz der schweren Niederlagen verstärken die Peking-Führer die Wühltätigkeit gegen die marxistisch-leninistischen Parteien weiter. Ihre Aktionen können einzelnen kommunistischen Parteien und der gesamten kommunistischen Bewegung großen Schaden zufügen, wenn man sie nicht konsequent und energisch bekämpft. Die Interessen der Beschleunigung des weltweiten revolutionären Prozesses erfordern einheitliche, geschlossene Aktionen aller Abteilungen der kommunistischen Bewegung, damit neue Angriffe des Maoismus auf dem internationalen Schauplatz rechtzeitig und mit den geringsten Verlusten zurückgeschlagen werden.

Unter der Losung des Nationalismus zur Hegemonie

Manchmal wird behauptet, daß das heutige China nicht über ausreichende Möglichkeiten verfügt, einigermaßen groß angelegte expansionistische Pläne zu verwirklichen.

Es besteht wirklich eine tiefe Kluft zwischen den realen Möglichkeiten Chinas und den anmaßenden Plänen der Mao-Tse-tung-Gruppierung. Diese Kluft erklärt übrigens den charakteristischsten Zug der heutigen Politik Chinas auf internationalem Gebiet: Anstiftung zur Verschärfung der Spannungen in verschiedenen Teilen der Welt verbunden mit folgendem Verhalten in Angelegenheiten scharfer Zusammenstöße mit dem Imperialismus.

Gleichzeitig werden schon jetzt Schritte zur Lösung einer der nächstliegenden expansionistischen Aufgaben unternommen: die Verbreitung des Einflusses Pekings in Südostasien. Die Wühltätigkeit der maoistischen Agenturen in Burma, Thailand, Kambodscha und Laos wird verstärkt, es wird versucht, in diese Länder den "Volkkrieg" nach den Rezepten von Mao Tse-tung und ohne Berücksichtigung der örtlichen Bedingungen, der Bereitschaft der Massen und der Interessen der revolutionären Bewegung zu exportieren. Dorthin werden chinesische Militäreinheiten für die Teilnahme an den Kampfhandlungen gegen die Regierungstruppen geschickt.

Es ist jedoch vollkommen klar, daß die Peking-Führung keineswegs beabsichtigt, sich auf das Eindringen in die an China angrenzenden Gebiete zu beschränken. Sie heckt viel weitgehendere Pläne aus, wenn sie sie auch auf längere historische Zeitschnitte verteilt.

Gerade unter diesem Gesichtspunkt muß man die marxistische Konzeption der Widersprüche und die Peking-Verstellungen von der Weltordnung betrachten: da sich in der Welt bereits das kapitalistische und das sozialistische System herausgebildet haben und die Versuche der chinesischen Führung, die sozialistische Gesellschaft ihrem Einfluß zu unterwerfen, zu nichteigeführt haben, muß ein anderer Stützpunkt gefunden werden, damit sich China als Großmacht und Zentrum der dritten Weltkraft behaupten kann.

Einen solchen Stützpunkt sehen die Maoisten in den Regionen der nationalen Befreiungsbewegung.

Erstens ist das eine Region mit riesigen materiellen und menschlichen Ressourcen, und eine führende Position in ihnen würde China in eine führende internationale Kraft verwandeln.

Zweitens hat sich in den meisten Ländern dieses Gebietes noch keine ausreichend stark geprägte gesellschaftlich-politische Ordnung herausgebildet, die stehen vor der Wahl des Weges, und deshalb ist es, nach Meinung der Maoisten, leichter, diese ihren Kurs aufzudrängen.

Drittens haben viele Länder dieses Gebietes eine soziale Struktur, die dem Typ nach der chinesischen nahekommt. Das Überwiegen der kleinbürgerlichen Masse wird im Peking als geeigneter Boden für die Aufnahme des Maoismus mit seinem zur Schau getragenen "revolutionären Geist" und seinen gleichmächtigen ^{machtorientierten} ~~gleichmächtigen~~ Lösungen betrachtet.

Viertens sind die meisten Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der ökonomischen Entwicklung zurückgeblieben, wobei die Kluft zwischen ihnen und den entwickelten Ländern der Welt noch tiefer wird. Daher findet die Idee, die Reichtümer der entwickelten Länder umzuverteilen, unabhängig davon, ob sie an der kolonialen Ausplünderung teilgenommen haben oder nicht, kein Widerspruch. Die Tatsache, daß China selbst zu den schwachentwickelten Ländern gehört, gibt ihm gewissermaßen das moralische "Recht", solche Stimmungen zu unterstützen. Aus der weitgehenden Verwendung der These von "der Gemeinsamkeit der Geschichte" Chinas und der anderen ehemaligen kolonialen Länder schlägt Peking politisches Kapital.

Platzans gibt die Tatsache, daß bei einem Teil der politisch schwachentwickelten Bevölkerungsschichten afrikanischer und asiatischer Länder sich der Haß gegen den Imperialismus nicht selten mit dem Mißtrauen gegenüber dem "weißen Menschen" verbindet, der chinesischen Führung die Möglichkeit, mit dem reaktionären Vorurteilen zu spekulieren und sie für die Versöhnung der verschiedenen Strömungen unter ihrer Ägide auszunutzen.

Schließlich ist auch bekannt, daß die gegenwärtige historische Periode von einem nachvollbaren Aufschwung des nationalen Selbstbewußtseins der unterdrückten Völker gekennzeichnet ist. Das hängt vor allem mit den Erfolgen des Kampfes für die Befreiung vom imperialistischen Joch und für die Durchsetzung der Selbständigkeit zusammen. Das nationale Selbstbewußtsein kann, vorausgesetzt, daß es von fortschrittlichen, demokratischen Kräften inspiriert wird und sich auf den Kampf gegen den Imperialismus, für den sozialen Fortschritt konzentriert, eine große positive Rolle spielen. Aber auch die reaktionären Kräfte versuchen, den Nationalismus in ihren Dienst zu stellen. Hier bieten sich den chinesischen Führern große Möglichkeiten.

Mit anderen Worten stellen die Maoisten dem Programm der kommunistischen Bewegung, das den Völkern der freigewordenen Länder reale Perspektiven für die Überwindung der Rückständigkeit und für den schnellen sozialen Fortschritt auf dem Wege des anti-imperialistischen Kampfes, auf dem Wege der Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Weltsystem bietet, ein nationalistisches Programm entgegen, das mit den realen Interessen der Völker der dritten Welt spekuliert, sie in Wirklichkeit jedoch dem chinesischen Einfluß unterwerfen und sie zu einem Stützpunkt für die Umwandlung Chinas in eine Supermacht machen soll.

Unter diesem Aspekt erlangt die Tatsache einen besonderen Sinn, daß die chinesische Führung von allen Widersprüchen der heutigen Welt den Widerspruch zwischen den Ländern der dritten Welt einerseits und den imperialistischen und sozialistischen Staaten andererseits in den Vordergrund stellt (früher wurde der gleiche Gedanke mit der Formel des Kampfes zwischen dem "Weltdorf" und der "Weltstadt" ausgedrückt). Es geht darum, daß Peking mit seinen Versuchen, eine dominierende Stellung in der dritten Welt einzunehmen, auf den großen Einfluß und die Autorität der Sowjet-

union, der sozialistischen Länder und der kommunistischen Weltbewegung gestoben ist. Für die Erlangung seiner Ziele braucht Peking auch jetzt vor allem eine Schwächung dieser Autorität, eine Schwächung des Bündnisses zwischen den revolutionären Kräften der Gegenwart.

Es ist vollumfänglich verständlich, daß die chinesische Führung ihre hegemonistischen Absichten nicht mit aller Offenheit darlegt. Diese Absichten lassen sich jedoch ziemlich deutlich sowohl an der außenpolitischen Doktrin als auch an der Politik Chinas im Verlauf vieler Jahre verfolgen. Sie entsprechen in vollem Maße dem gesunden Geist des Maoismus und widerspiegeln die von den Maoisten ererbten traditionellen Vorstellungen vom "Reich am des Himmels Firmament" als Zentrum der Welt.

Demzufolge versucht die in China herrschende Führung, der revolutionären Bewegung den Maoismus als Banner aufzuzwingen, sie ihrem Einfluß zu unterwerfen und sie in ein Instrument zur Verwirklichung der hegemonistischen Pläne zu verwandeln, die die Interessen der Völker, des Friedens und des Sozialismus bedrohen.

Schlußfolgerungen

Der IX. Parteitag der KPCh, der die Ergebnisse der "Kulturrevolution" versaherte und eine neue Etappe in der Entwicklung des nationalistischen, hegemonistischen Kurses der Maoisten auf dem internationalen Schauplatz kennzeichnete, stellte den Kommunisten mit noch größerer Schärfe die Frage: Findet in den chinesischen Ereignissen eine bestimmte Gesetzmäßigkeit ihren Ausdruck oder ist das eine spezifische historische Zickzacklinie in der Entwicklung des Sozialismus?

Die Untersuchung dieser Frage vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus ist besonders notwendig im Zusammenhang damit, daß um diese Frage eine lebhafte Polemik in der Befreiungsbewegung geführt wird, daß sie Gegenstand antikommunistischer Spekulationen der bürgerlichen und reformistischen Propaganda sowie verschiedenartiger revisionistischer Strömungen ist.

Die antikommunistische Propaganda der imperialistischen Länder unternimmt besonders aktive Anstrengungen, um nachzuweisen, daß die Entwicklung in China in den letzten zehn Jahren die Erscheinungsform einer Gesetzmäßigkeit sei. Der Sinn dieses Eifers liegt klar auf der Hand: Wenn das tatsächlich der Fall ist, wenn die Entwicklung des Sozialismus in den rückständigen, ehemals kolonialen oder halbkolonialen Ländern unvermeidlich solche Formen annimmt, wie sie gegenwärtig in China zu beobachten sind, dann wird das die Völker vom Sozialismus abschrecken. Im Beweis der These von der Gesetzmäßigkeit der chinesischen Ereignisse sieht die antikommunistische Propaganda ein Mittel, den Marxismus-Leninismus zu diffamieren und die Verantwortung für die Fehler, Entstellungen und Verbrechen der chinesischen Führung auf den Sozialismus im großen und ganzen abzuwälzen.

Zugleich kann man unter den Anhängern dieser These Leuten begegnen, die den aufrichtigen Wunsch haben, sich in dem Sinn der in China vor sich gehenden Ereignisse zurechtzufinden, jedoch Fehler in der Methodologie begehen, nicht die Gesamtheit der Faktoren, die den "Erschlag" Mao Tse-tungs bestimmen, in Rechnung stellen und von fehlerhaften Konzeptionen beeinflusst sind.

Unabhängig von den Motiven und Beweggründen bringen die Anhänger der These vom gesetzmäßigen Ablauf der chinesischen Ereignisse als Beweis für ihre Version die folgenden beiden Hauptargumente vor:

Erstens. China gehöre zu den Ländern, in denen die Bauernschaft die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ausmacht, die Arbeiterklasse zahlenmäßig außerordentlich gering und nicht in der Lage ist, die Rolle der führenden Kraft zu spielen. Die Übermacht des kleinbürgerlichen Elements bringe die außergewöhnliche Festigkeit solcher Traditionen hervor, die der Verwirklichung der sozialistischen Ideale in ihrer reinen Form entgegenwirken oder sie gar unmöglich machen.

Zweitens. China gehöre zu den außerordentlich rückständigen Ländern, die, wenn sie den Schauplatz der selbständigen Entwicklung betreten, gezwungen sind, die Industrialisierung innerhalb eines kurzen Zeitraumes durchzuführen, und dies nur tun können auf Kosten "außergewöhnlicher Formen der Akkumulation", der äußersten Zentralisierung, der übermäßigen Anspannung aller Ressourcen der Nation, der Einführung einer militarisierten Disziplin, der Zwangsarbeit, eines asketischen Konsumniveaus usw.

Aus diesen beiden Argumenten wird die Schlussfolgerung gezogen, daß in China (und dementsprechend in den von Typus her ähnel-

chen Ländern der dritten Welt) die Entwicklung auf dem sozialistischen Weg unvermeidlich zur Errichtung des "Kasernenkommunismus" zu äußersten Entbehrungen und Leiden der Massen führe.

Diese Argumente verdienen eine kritische Untersuchung.

Was die ungünstigen Bedingungen für die sozialistische Entwicklung in den zurückgebliebenen Ländern, in denen das Kleinbürgertum überwiegt, betrifft, so haben schon die Begründer der marxistisch-leninistischen Theorie dieser Tatsache Beachtung geschenkt. In den Werken Lenins, insbesondere in denen der letzten Jahre, wird mehr als einmal betont, daß nach dem Sieg der proletarischen Revolution eine der zentralen Aufgaben des Proletariats und seiner kommunistischen Vorhut darin besteht, den Widerstand eines Teils des Kleinbürgertums gegen sozialistische Umgestaltungen zu überwinden und die Bauernschaft in den Aufbau des neuen Lebens unter der Führung der Arbeiterklasse einzubeziehen.

Als Lenin einmal über das kleinbürgerliche anarchistische Element sprach, sagte er, daß es sich "im Laufe der Revolution mehr denn einmal als der gefährlichste Feind der proletarischen Diktatur erwiesen hat. Jetzt - und das ist die grundlegende Schlussfolgerung und Lehre dieses Jahres - hat sich dieses Element noch einmal als der gefährlichste Feind gezeigt, der in einem Lande wie dem unseren am meisten Anhänger und Unterstützung finden kann, der die Stimmung breiter Massen ändern und sogar auf einen Teil der parteilosen Arbeiter übergreifen kann. Dann wird die Lage des proletarischen Staates sehr schwierig" (Werke, Bd. 32, S. 191).

Die Verfechter der These von der Gesetzmäßigkeit der chinesischen Ereignisse haben also insofern recht, als sie behaupten, daß diese Ereignisse durch ökonomische, soziale und historische

Faktoren bedingt sind. Wir waren keine Marxisten, wollten wir die elementare Wahrheit abstreiten, daß die "Umwälzung" Mao Tsse-tungs ein Ergebnis nicht nur seines persönlichen Willens war, sondern daß dahinter bestimmte objektive Ursachen stehen, die in den konkreten Entwicklungsbedingungen der chinesischen Gesellschaft und der chinesischen Revolution wurzeln.

Aber das Wesen der Sache besteht darin, daß die Anerkennung dieser Tatsache durchaus nicht zu der Schlußfolgerung führt, daß ein Sieg des kleinbürgerlichen Elements, zumindest zeitweilig, obligatorisch sei. Es handelt sich darum, daß in den Entwicklungsbedingungen der Revolution in den rückständigen kleinbürgerlichen Ländern einander bekämpfende Tendenzen wurzeln. Und hier hängt es nun schon in hohem Maße vom Willen der Klassen, der Parteien und ihrer Führer ab, welche dieser Tendenzen die Oberhand gewinnt.

Ebenso stellte W.I. Lenin die Frage: "Entweder werden wir diesen Kleinbürgern unserer Kontrolle und Rechnungsführung unterordnen (wir können das tun, wenn wir die Armen, d.h. die Mehrheit der Bevölkerung oder die Halbproletarier, um die klassenbewußte proletarische Vorhut organisieren), oder aber er wird unsere Arbeitermacht ebenso unvermeidlich und unabwendbar zu Boden werfen, wie die Napoleon und Cavaignac, die ja gerade auf diesem kleinbürgerlichen Boden emporwuchsen, die Revolution zu Boden warfen" (Werke, Band 32, S. 344).

Hieraus ist ersichtlich, daß Lenin den Kampf gegen das Kleinbürgertum auf das Niveau einer Entscheidungsschlacht hob, in deren Verlauf - ebenso wie vorher im Kampf gegen die Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer - die Frage nach dem Schicksal der proletarischen Revolution, die Frage "Wer wen?" entschieden wird. Lenin sagte: Entweder - oder. Er läßt sogar die Möglich-

keit zu, daß das kleinbürgerliche Element auch nach der Macht-
ergreifung des Proletariats imstande ist, die Oberhand zu ge-
winnen, den Charakter der sozialistischen Umgestaltung, die
Ziele der sozialistischen Entwicklung zu entstellen.

Aber dabei geht Lenin von der Hauptvoraussetzung aus, daß der
Sieg des kleinbürgerlichen Elements durchaus nicht schicksalhaft
unvermeidlich ist, daß das Proletariat, die Partei bei einer
richtigen Politik durchaus in der Lage sind, den Sieg davon zu
tragen, die Entwicklung auf den Weg zu führen, der vom wissen-
schaftlichen Kommunismus gewiesen wird.

Selbstverständlich erfordert das ein außerordentlich hohes
Bewußtsein der Parteikader, ihre marxistisch-leninistische Stäh-
lung, den entschlossenen und unversöhnlichen Kampf gegen den
"linken" und rechten Opportunismus und Nationalismus, die auf
kleinbürgerlichem Boden emporen. Ein solcher Kampf geht
nicht ohne wesentliche Verluste aus. Eben unter diesem Gesichts-
winkel müssen die negativen Momente in der Geschichte des Welt-
sozialismus betrachtet und eingeschützt werden. Sie zeugen davon,
daß unter bestimmten Bedingungen dieser oder jener Art das klein-
bürgerliche Element und die von ihm hervorgebrachten gesellschaft-
lichen Erscheinungen zeitweilig die Oberhand gewinnen konnten
und dadurch der sozialistischen Entwicklung enormen Schaden zu-
fügten. Zugleich bietet der proletarische Charakter der Politik
der kommunistischen und Arbeiterparteien die Möglichkeit, das
kleinbürgerliche Element zu besiegen und erfolgreich den Sozia-
lismus aufzubauen.

Die grundlegenden Unterschiede zwischen den Bedingungen Chinas
und denen der meisten sozialistischen Länder müssen selbstver-
ständlich in Rechnung gestellt werden. Im Augenblick der Voll-
endung der Volksrevolution stand China auf einer wesentlich

niedrigeren Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung als beispielsweise das zaristische Rußland. Das Proletariat in diesem Lande ertrank buchstäblich in dem Meer des kleinbürgerlichen Elements. Die Chinesische Kommunistische Partei war ihrer Zusammensetzung nach vorwiegend eine Bauernpartei, sie hatte faktisch schon seit den dreißiger Jahren fast zwanzig Jahre lang die Verbindung zur organisierten Arbeiterbewegung Chinas verloren, stützte sich lediglich auf das Dorf und geriet unter die Macht Mao Tse-tungs und anderer Parteiführer, die gerade die reaktionäre kleinbürgerliche Tendenz verkörperten. +)

Aber selbst hieraus folgt nicht, daß etwa die Ereignisse der letzten Jahre in China vorbestimmt gewesen wären. Es handelt sich darum, daß zwar hier die proletarische Tendenz wesentlich schwächer war als in Rußland und den anderen Ländern, die später den Weg des Sozialismus beschritten, diese Lage jedoch in hohem Maße durch die außerordentlich günstigen internationalen Entwicklungsbedingungen der chinesischen Revolution wettgemacht wurde.

+) Es ist bezeichnend, daß Mao Tse-tung und seine Anhänger unmittelbar am Vorabend des Sieges der chinesischen Revolution bei der Wahl des Weges schwankten und die Möglichkeit eines Bündnisses entweder mit der UdSSR oder mit den USA als gleich annehmbar erwogen, und das ungeachtet dessen, daß der Sieg der Volksrevolution in hohem Maße durch die Zerschlagung des Hitlerfaschismus, die Befreiung Nordost-Chinas durch die Sowjetarmee und die Absicherung Chinas vor der Einmischung des Weltimperialismus in seine Angelegenheit gewährleistet wurde.

Während die Sowjetunion jahrzehntelang das einzige sozialistische Land der Welt war und folglich das Proletariat und seine kommunistische Vorhut lediglich ideelle Hilfe von außen erhielten, konnten sich die chinesische Arbeiterklasse, die Chinesische Kommunistische Partei sowohl vor der Revolution als insbesondere nach 1949 auf den brüderlichen internationalistischen Beistand der UdSSR und der anderen Länder des Sozialismus stützen. Diese Unterstützung gab der proletarischen Tendenz ein derart großes Übergewicht, daß es bei einer richtigen Politik der Führung keinerlei Anlaß für die Abkehr vom sozialistischen Wege gegeben hätte, d.h. für das historische "Auf und Ab", von dem hier die Rede ist.

Der beste Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung ist die Praxis. Bekanntlich hat die Kommunistische Partei Chinas nach 1949 und bis 1958, indem sie die Grundprinzipien des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft befolgte, die Forderungen der objektiven ökonomischen Gesetze erfüllte und sich auf die Hilfe und internationale Solidarität der Bruderparteien und der Länder des Sozialismus stützte, große Erfolge bei der sozialistischen Umgestaltung der Industrie und der Landwirtschaft, bei der Entwicklung der Wirtschaft und Kultur des Landes erzielt. Das waren die ersten Schritte bei der Lösung der gewaltigen Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus in China, aber solche Schritte wurden unternommen. Die proletarische, die sozialistische Tendenz brach sich zuversichtlich Bahn. Es besteht keinerlei Veranlassung anzunehmen, daß diese Entwicklung künftig nicht möglich gewesen wäre, umso mehr, als diese Entwicklung in der Verfassung des Landes, in den programmatischen Richtlinien der Kommunistischen Partei Chinas und in den Beschlüssen ihres VIII. Parteitagess (1956) verankert war.

Man kann mit vollem Recht behaupten, daß die Ereignisse der letzten Jahre, die eine Folge davon sind, daß die Maoisten mit den Leninischen Prinzipien des Aufbaus des Sozialismus gebrochen haben, weder für China selbst, noch für andere der sozial-ökonomischen Struktur nach ähnliche Länder, die den Weg des Sozialismus einschlagen und künftig einschlagen werden, nicht gesetzmäßig sind. Die Ereignisse in China sind ein Ergebnis des vorübergehenden Sieges der reaktionären, kleinbürgerlich-nationalistischen Tendenz und können durchaus als tragisches Auf und Ab in der Entwicklung der chinesischen Gesellschaft, in der Geschichte des Weltsozialismus bezeichnet werden.

Warum besteht Veranlassung zu der Behauptung, daß die Herrschaft des Maoismus in der VR China zeitweiligen Charakter trägt? Vor allem darum, weil die Entwicklung der Lage in China von einem so wichtigen Faktor wie die objektiven Bedürfnisse der ökonomischen Entwicklung des Landes und der Überwindung seiner Rückständigkeit beeinflusst wird (und in immer wachsendem Maße beeinflusst werden wird). Jener "Kasernen-Kommunismus", den die Gruppe um Mao Tse-tung durchzusetzen versucht, ist letzten Endes nicht lebensfähig und utopisch. Er steht im Widerspruch zum Bedürfnis der Gesellschaft, die Produktivkräfte zu entwickeln, die Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution zu meistern, zu dem grundlegenden Interesse der Volksmassen an der Hebung des Lebensstandards, am Aufblühen der Kultur - das heißt zu all den objektiven Prozessen der gesellschaftlichen Entwicklung, die die Tendenz des proletarischen, des wissenschaftlichen Sozialismus begründen, bekräftigen und ihr sieghaften Charakter verleihen.

Diese oder jene objektiven Tendenzen in der Gesellschaft, so stark sie auch sein mögen, setzen sich letzten Endes in Ver-

lauf des Kampfes der gesellschaftspolitischen Kräfte durch. Ihr Sieg wird von jenen sozialen und Klassenschichten gewährleistet, die diese Tendenz am gründlichsten erkennen und zum Ausdruck bringen. Zur Zeit sind diese Kräfte in der chinesischen Gesellschaft schwach. Unter Anfachung einer Kriegapsychose und mit Hilfe der sozialen Demagogie ist es Mao Tse-tung in wesentlichem Maße gelungen, die Arbeiterklasse irrezuführen, ihre bewußtesten Teile zu neutralisieren und die rückständigsten Schichten der Gesellschaft vorübergehend auf nationalistischer Grundlage zu vereinen. Die Gegner der herrschenden Gruppierung sind zersplittert, ihnen fehlt es an den elementarsten Voraussetzungen für den politischen Kampf (vor allem an der Möglichkeit, die Presse oder das Forum der Partei für die Propagierung ihrer Ansichten und für die Enttarnung des wahren Wesens des maoistischen Kurses auszunutzen); ein Teil von ihnen wurde physisch vernichtet.

Zugleich aber können beliebige, irgendwie nennenswerte Veränderungen in der führenden Gruppierung, jede mögliche Differenzierung und innere Widersprüche zu ziemlich raschen Wandlungen führen. So schwer die Lage auch sein mag, in der sich jetzt die Internationalisten und all jene befinden, die mit der Linie Mao Tse-tungs nicht einverstanden sind, gibt es solche Menschen, und es sind ihrer nicht wenige. Die ernstesten Schwierigkeiten, auf die die Maoisten bei der Durchsetzung ihres Kurses stoßen, zeugen von einem nicht nachlassenden Widerstand der chinesischen Gesellschaft. Diese Menschen haben auch ein konstruktives Programm der Entwicklung Chinas auf sozialistischem Wege: die Dokumente der ersten Tagung des VIII. Parteitags der KPCh.

Der maoistische Kurs stößt in verschiedenen Schichten der chinesischen Gesellschaft auf Widerstand. Dieser Widerstand wird

hervorgehoben durch verschiedenartige Ursachen und Motive, vor allem durch das Erkennen der Tatsache, daß die Politik der Maoisten den ureigensten Interessen des Landes zuwiderläuft. Oppositionelle Stimmungen treten auch in den Reihen dieser oder jener Gruppen der Gesellschaft auf, deren wesentlichen Bedürfnisse im Ergebnis der wie immer gearteten Maßnahmen der militärisch-bürokratischen Diktatur beschnitten werden. Obwohl diese Kräfte heute zerplittert sind, stellen sie alle doch eine bedeutende potentielle Reserve für die Kommunisten dar, die bewußt für die Rückkehr Chinas auf den Weg der sozialistischen Entwicklung kämpfen.

Die Marxisten-Leninisten zweifeln nicht daran, daß die chinesischen Kommunisten, die Arbeiterklasse, die Werktätigen der VR China letzten Endes in der Lage sein werden, mit der maoistischen Ordnung Schluß zu machen und auf den Weg des Aufbaus eines neuen Lebens in Übereinstimmung mit der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus, in Zusammenarbeit mit der kommunistischen Bewegung, mit den sozialistischen Bruderländern zurückzukehren. Dazu wird auch ein solcher objektiver Faktor beitragen wie die weitere Stärkung des sozialistischen Weltsystems, die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus.

Es besteht kein Zweifel, daß die Gefahr, mit der sich die kommunistische Bewegung in Gestalt des Maoismus konfrontiert sieht, schließlich überwunden wird. Das verlangt große und langwierige Anstrengungen und einen beharrlichen Kampf. Eine der Hauptaufgaben der kommunistischen Bewegung besteht unter diesen Bedingungen darin, die internationalistischen Kräfte der KPCh zu unterstützen und zugleich die Befreiungsbewegung davor zu warnen, dem maoistischen Kurs zu folgen.

Selbstverständlich können die Ergebnisse der politischen Analyse der Lage in der VR China, die in den vorliegenden Thesen vor-

genommen wurde, keine endgültige Antwort auf die Frage geben, ob die Volksrepublik China eine Reserve des Weltsozialismus oder eine Reserve des Weltimperialismus ist. Die Kommunisten und Internationalisten verlieren nicht den Optimismus bei der Einschätzung der Entwicklungsperspektiven der Situation in China, aber sie wahren zugleich eine hohe Wachsamkeit gegenüber den auf die Zerstörung der sozialistischen Ordnung in der VR China abzielenden Handlungen der Maoisten und ihren gefährlichen Manövern auf dem internationalen Schauplatz.

Die sozialistischen Länder, die der antileninistischen Politik der Mao-Tse-tung-Gruppe eine entschiedene Abfuhr erteilen und alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um Provokationen zu unterbinden, setzen sich gleichzeitig dafür ein, die staatlichen Beziehungen zur VR China zu normalisieren, die wesentlichen Meinungsverschiedenheiten auf dem Verhandlungswege beizulegen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit auf anderen Gebieten auf Grund der Prinzipien der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zu entwickeln. Gerade diese Politik wird die Isolierung der maoistischen Gruppierung innerhalb Chinas, die Konsolidierung der marxistisch-leninistischen Kräfte in der KPCh und den Kampf für ein sozialistisches China fördern.

Vor den marxistischen Gesellschaftswissenschaftlern steht eine so wichtige Aufgabe wie die weitere vertiefte Untersuchung und Entlarvung der Theorie und Praxis des Maoismus, seiner politischen und ideologischen Zielstellungen, der volksfeindlichen, antisozialistischen Natur der Doktrinen Mao Tse-tungs. Die Apologeten des Maoismus und Opportunisten aller Spielarten versuchen, ihm mit Unterstützung der antikommunistischen Kräfte anziehende Formen zu verleihen, die Tätigkeit der gegenwärtigen Führung der KPCh reinzuwaschen, die auf die Diskreditierung der

Ideen des Sozialismus und Kommunismus gerichtet ist. In voller Größe erhebt sich die Aufgabe, die Versuche, den Marxismus zu romantisieren, die Entstehung der schon in ihrer Wurzel falschen Vorstellungen von einem "chinesischen Modell des Sozialismus" zu rechtfertigen, ihres Nimbus zu entkleiden.

Die Entfaltung des ideologischen Kampfes gegen den Maoismus gewinnt besonders aktuelle Bedeutung im Zusammenhang damit, daß die kommunistische Weltbewegung und alle revolutionären und fortschrittlichen Kräfte unserer Zeit in diesem Jahr den 100. Geburtstag W.I. Lenins begehen. Die gesamten Erfahrungen des Weltsozialismus, der internationalen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung bestätigen die internationale Bedeutung der marxistisch-leninistischen Lehre. Die weitere schöpferische Ausarbeitung der Probleme des Leninismus, anwendbar auf die Aufgaben des revolutionären Kampfes in der gegenwärtigen Etappe, hängt eng zusammen mit einer allseitigen Entlarvung der Konzeptionen, die sich gegen den Leninismus richten und Anspruch darauf erheben, ihn in den Augen der revolutionären Völker der Welt zu ersetzen.

In den Dokumenten der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien im Juni 1969 heißt es: "Die Kommunisten betrachten es als ihre Aufgabe, die revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus, des Proletarischen Internationalismus im Kampf gegen jedwede Gegner fest zu behaupten, sie unbeeirrbar in die Tat umzusetzen, die Theorie des Marxismus-Leninismus ständig zu entwickeln und sie auf Grund der gegenwärtigen Erfahrungen des Klassenkampfes und des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft zu bereichern. Die Kommunisten werden dem schöpferischen Geist des Leninismus stets treu bleiben" (Broschüre Dietz Verlag Berlin, S. 59).